

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

## Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

## Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.  
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I.  
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.  
Redaktionsschluss: Sonnabend.

## Insertion.

Für die viergespaltene Feuillelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vernehmungen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Bekanntmachungen.

### Zur gefl. Beachtung.

Alle den **Verband betreffenden Angelegenheiten** (Mittellungen über Differenzen, Lohnbewegungen, Sperrn und Streiks, sowie Adressenänderungen usw.) sind zu richten an **Otto Sillier**.

Alle **Kassenangelegenheiten** an **Wilh. Brall**.

Alle den **Senfelder-Bund in Liquidation betreffenden Fragen** an **Paul Lange**.

Adresse für die drei Genannten:  
**Berlin N. 28, Anklamerstr. 27 I.**

Alle **Artikel**, Korrespondenzen, Versammlungs-Berichte, Tauschexemplare sind einzusenden an die **Redaktion:**  
**Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastr. 8.**

Alle **Annoncen**, Aenderungen und Reklamationen über die Zustellung der Graphischen Presse nimmt entgegen die **Expedition:**  
**Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr.**

Alle **Beschwerden** über Redaktion und Inhalt der Graphischen Presse sind stets unter näherer Begründung zu übersenden an die **Präkommission**, z. H. **Artur Haring, L.-Anger, Roßbachstr. 3 III Der Hauptvorstand.**

### Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker: **Berlin.** Der gegnerische Arbeitsnach-

weis bei **S. Herrmann.**  
**Angerer** (für Kupferdrucker).

**Eltville.** Fischer & Co.

**Köln a. Rh.** Witte & Co.

**Kötschenbroda bei Dresden.**

Robert Mittelbach, Kunstanstalt Globus (für alle Berufsgruppen).

**Lichtenberg (Oberfranken).** Hier sind Differenzen ausgebrochen, also Vorsicht!

**Pleß, O.-S.** A. Krummer.

**Rybnik, O.-S.** Firma Bartels.

Für Chemigraphen:

**Berlin.**  
**Chemnitz.** A. Jällich; Köhler & Richter.  
**Dresden.** Mittelbach; C. Schemmel;  
Siengel & Co.; Mejo & Markert.  
**Leipzig.** Mejo & Springer.  
**Stuttgart.** Gebr. Kobl-

### Die Formstecher zur Extrasteuerfrage.

Wie in einigen bereits bekanntgegebenen Mitgliedschaften wurde auch in Hannover und Ommersbach von den Formstechern die Zahlung der Extrasteuer von 10 Pf. ab 3. Januar d. J. beschlossen.

Dagegen ist die Mitteilung in No. 11 der „Gr. Pr.“, daß der gleiche Beschluß auch in Altona-Ottensen gefaßt worden sei, dahin richtig zu stellen, daß sich zwar eine Mehrheit für die Extrasteuer erklärte, daß man aber von ihrer Erhebung Abstand genommen hat, weil nicht alle Mitglieder damit einverstanden gewesen sind.

### Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Die Plakatsteuer abgelehnt! Rundschau. Soziale Rundschau. Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung. Briefkasten. — **Allgemeines:** Zur Postkartenzollfrage in Amerika. Brief aus München. Fabrikhygiene. Ortsberichte: (Protest-Versammlungen): Aachen, Dessau, Dortmund, Göppingen, Grimma-Nerchau, Kiel. — **Düsseldorf, Köslin.** — **Der Lithograph:** Der Lithographenmeister, II. — **Die photomech. Fächer:** Die Bewegung der Berliner Chemigraphen. Aus den Sektionen: Berlin (Chemigr.). — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Borsdorf, Crefeld, Dessau, Osnabrück. — **Feuilleton:** Die Entwicklung des Weltalls, IV Schluß. Die Entdeckung der Steinkohle. Vermischtes. — **Anzeigen.**

### Die Plakatsteuer abgelehnt!

Die rege Aufklärungsarbeit über die finanztechnische Unsinnigkeit des Plakatsteuermonstrums und über die vernichtenden Wirkungen, die die Plakatsteuer, wenn sie Gesetz geworden wäre, auf die gesamte deutsche Plakatkunst und -Industrie, also auf zahlreiche Betriebe, Künstler- und Arbeiterexistenzen unbedingt hätte ausüben müssen, war von Erfolg gekrönt. Die Plakatsteuervorlage ist mit dem gesamten Anzeigensteuergesetzentwurf in der Versenkung verschwunden. Man hat den Entwurf nicht einmal einer zweiten und dritten Lesung in der Finanzkommission, geschweige denn einer Beratung im Plenum des Reichstags gewürdigt. Schon nach der ersten Lesung in der Kommission wurde er der Regierung zerrissen vor die Füße geworfen; es bleibt ihr nur eine Riesenblamage und der Fluch der Lächerlichkeit, dem sie sich durch ihren steuerpolitischen Wechselbalg selbst preisgegeben hat.

Die entscheidenden Verhandlungen der Finanzkommission über die Inseraten- und Plakatsteuervorlage fanden am 19. März statt. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Dietz, berichtete zunächst als Korreferent über die zahlreich eingegangenen Petitionen gegen den Gesetzentwurf. Er erklärte sich namens der gesamten sozialdemokratischen Fraktion entschieden gegen die Vorlage und betonte, daß der eine Zweig der vorgeschlagenen Anzeigensteuer, die Inseratensteuer, in der Hauptsache den mittleren und kleineren Zeitungsverlegern zur Last fallen würde, während der andere Zweig, die Plakat-

steuer, technisch noch viel ungeheuerlicher sei wie die Steuer auf Inserate. Das bewies er an einer Reihe von Plakaten, bei denen er den Steuerbetrag dem Herstellungspreis gegenüberstellte.

Ein Bundesratsbevollmächtigter, Ministerialdirektor Kühn, suchte zu retten, was nicht mehr zu retten war. Er berief sich auf Hunderte von Zuschriften für die Steuer, die beim Reichsschatzamt eingegangen sein sollen, und zwar in einer weit größeren Zahl wie bei irgend einem anderen Projekt. Ebenso hätten sich verschiedene Interessentengruppen nicht nur nicht ablehnend, sondern, wie z. B. einzelne Handelskammern, direkt zustimmend zu der Vorlage geäußert. Dem Regierungsvertreter erschienen also diese vereinzelt Stimmen für die Steuer beachtenswerter wie die Massenerklärungen von Unternehmern, Künstlern, Arbeitern und anderen Interessenten, die sich mit aller Entschiedenheit und gestützt auf überzeugendes Beweismaterial gegen die Steuer gewandt hatten. Aus jenen einzelnen Meinungsäußerungen glaubte der Herr auch schließen zu dürfen, daß die siebente Großmacht, die Presse, in dieser Frage die öffentliche Meinung nicht richtig repräsentiere. Die von den Zeitungen herausgerechnete Belastung durch die Inseratensteuer sei stark übertrieben; auch diese Steuer werde doch auf die Inserenten abgewälzt und treffe die Leistungsfähigen am meisten.

Den Vogel suchte der Ministerialdirektor bei seinem Rettungsversuch damit abzuschließen, daß er sich auf den »Vorwärts« als Krozugegen für die Inseratensteuer berief. In Wirklichkeit hat sich aber das sozialdemokratische Zentralorgan gegen dieses Projekt ebenso erklärt wie gegen jede andere indirekte Steuer. Allerdings wurde dabei hervorgehoben, daß eine Inseratensteuer nicht so schlimm wäre wie andere indirekte Steuern. Deshalb hätten also gewissermaßen nur die Gegner jeder indirekten Steuer Veranlassung, gegen die Inseratensteuer zu stimmen. Trotzdem drohe den schlimmeren indirekten Steuerprojekten auf Tabak, Licht usw. mehr Aussicht auf Annahme durch unsern Blockreichstag wie der weniger schlimmen Inseratensteuer; denn diese würde »das Ein-

kommen der Zeitungskapitalisten schmälern und möglicherweise die Konkurrenz der Bourgeois- und Sensationspresse gegenüber der proletarischen Presse schwächen — deshalb ist sie von vornherein ein »totgeborenes Kind!« Von der Plakatsteuer wurde in jenem Artikel des »Vorwärts«, der vom 29. Juli 1908 datiert, gar nicht gesprochen. Wie der Herr Ministerialdirektor aus der Erklärung des »Vorwärts« eine Zustimmung zu seinem Projekt herauslesen konnte, weiß er vielleicht selbst nicht. Trotzdem benutzt er die Äußerung des sozialdemokratischen Zentralorgans als letztes Mittel bei der Verteidigung des gesamten Anzeigensteuergesetzentwurfs; einer verlorenen Position!

Die Rettungsaktion des Regierungsvertreters konnte die klärenden Ausführungen des Genossen Dietz in keiner Weise abschwächen. Mit Ausnahme der Redner der beiden konservativen Fraktionen, deren Mitglieder bekanntlich, wie ihr erbitterter Sturmlauf gegen die gerechte Nachlaßsteuer beweist, Vernunftgründen niemals zugänglich sind, schlossen sich die Redner aller anderen Fraktionen den Argumentationen des sozialdemokratischen Redners vollständig an. Uns interessieren hier nur die Ausführungen, die in der Finanzkommission zur Plakatsteuer gemacht worden sind. Diese wurde zunächst von einem freisinnigen Redner kritisiert, und zwar ebenfalls an der Hand von Objekten, an denen er die schwere Belastung der Plakat-reklame durch die Steuer nachwies, worauf er betonte, sie bringe auf der anderen Seite so wenig ein, daß sie ernstlich zur Beseitigung des Reichsdefizits doch nicht beitragen könne. Ein nationalliberaler Abgeordneter empfahl ebenfalls die Ablehnung der Vorlage, und zwar definitiv, ohne weitere Diskussion und ohne zweite Lesung, hauptsächlich um das Steindruckgewerbe von der auf ihm lastenden schweren Beunruhigung zu befreien. Für das Zentrum erklärte ein Redner, daß hinsichtlich der Plakatsteuer die Ansichten seiner politischen Freunde geteilt seien (!); da sie jedoch alle Bedenken besonders gegen die vorgeschlagene Form hätten, würde auch das Zentrum die Plakatsteuer ablehnen. Auch ein anderes Zentrumsmittglied wandte sich gegen Einzelheiten der Plakatsteuer

nicht gegen das ganze Gesetz. Das war der reinste Eiertanz, darauf berechnet, es mit den Befürwortern der Steuer am Regierungstisch und in den konservativen Fraktionen nicht zu verderben und sich die Tür zur gnädigen Wiederaufnahme als »Regierungspartei« nicht zu verschließen; zu einer runden und netten Absage gegenüber diesem Steuermonstrum hatte das Zentrum also nicht den Mut. Den zentrierten Mannesleuten mag ein Stein von Herzen gefallen sein, als sogar ein Vertreter der Regierung die kritisierten Einzelheiten des Entwurfs gleichfalls für unüberwindbar erklärte und als auch von dieser Seite aus der verlorene Posten aufgegeben wurde mit dem Hinweis darauf, daß bei Ablehnung der Inseratensteuer die verbündeten Regierungen auf alleinige Einführung einer Plakatsteuer keinen Wert legten.

Das Schicksal des Wechselbals war also besiegelt. Dem Antrage des Genossen Dietz, sofort reinen Tisch zu machen, die Vorlage glatt abzulehnen und in der Versenkung verschwinden zu lassen, wurde zugestimmt. Der grundlegende § 1 des Anzeigensteuergesetzes wurde mit allen gegen die 6 Stimmen der Konservativen und Reichsparteier in erster Lesung abgelehnt, worauf auch ohne Debatte die Ablehnung des Restes des Gesetzes erfolgte. Von einer zweiten Lesung wurde Abstand genommen. Damit ist die Inseraten- und Plakatsteuer gefallen, der steuerpolitische Wechselbalg endgültig von der Bildfläche verschwunden.

Unsere Protestbewegung war also nicht umsonst. Neben der Denkschrift des Fachverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer an den Reichstag haben die zum Teil recht ausführlichen, die Gefahren der Plakatsteuer für unser Gewerbe klar präzisierenden Resolutionen unserer Massensammlungen dazu beigetragen, Klarheit über das Steuermonstrum zu verbreiten und ihm ein schnelles Ende zu bereiten. Daß aber überhaupt ein derartiges Machwerk dem Reichstag allen Ernstes unterbreitet werden und daß es monatelang unser Gewerbe schwer beunruhigen und schädigen konnte, ist bezeichnend für unsere innenpolitischen Verhältnisse. Nach dem Fall der Plakatsteuer werden wir alle unsere freigeordneten Kräfte mit den Arbeitsbrüdern aus der Tabakbranche zu vereinigen haben, um auch dem anderen unser Gewerbe mit bedrohenden Steuerprojekt, der Mehrbelastung des Tabaks, den wohlverdienten Garaus zu machen. Wir wollen hoffen, das durch den vereinten Ansturm, durch die Anspannung aller Kräfte, auch dieses verdienstliche Werk gelingen möge.

## Rundschau.

**Terrorismus.** In No. 10 der »Gr. Pr.« brachten wir einen Artikel des Kollegen W. über eine Gewerbegerichtsverhandlung gegen die Firma Rübsamen in Stuttgart, der folgende Schlusssätze enthielt: »Befremdet haben uns die Aussagen der Zeugen K. und G. Zeuge G. ist erst nach längerem Zögern mit der Meinung herausgerückt. Die zahlreich anwesenden Zuhörer konnten sich der Auffassung nicht erwehren, daß da die Angst vor dem Prinzipal eine Rolle dabei spielte. Es wäre bedauerlich, wenn diesen Kollegen späterhin einmal Ungelegenheiten daraus entstehen würden.« Das Schutzverbandsorgan greift in seiner No. 6 diese Äußerung auf, unterschlägt aber die ersten Sätze, aus denen klar hervorgeht, was für Ungelegenheiten, die einem Zeugen durch eine die Sache nicht erschöpfend behandelnde oder nicht durchaus zutreffende Aussage erwachsen können, unser Berichterstatter beim Schreiben des letzten Satzes gemeint haben muß. Das Unternehmerblatt zitiert nur den letzten Satz und bezichtigt uns dreist und gottesfürchtig des Terrorismus, indem es uns durch folgenden Satz verdächtigt: »Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, der weiß sofort, welche Direktive hier gegeben werden soll.« Es ist ja eine alte Tatsache, daß derjenige, der selbst kein gutes Gewissen hat, die eigenen Sünden auch bei jedem anderen wittert. Die Unterstellung des »Deutschen Steindruckgewerbes« berührt uns daher nicht sonderlich. Ist doch das Blatt das Organ jener Herren, die, um nur ein Beispiel zu nennen, ihre Lehrlinge in ihre gelbe Schutzgarde zu pressen versuchen, was natürlich — nach dem »Deutschen Steindruckgewerbe« — kein Terrorismus war. Aber die Anrempelung durch das Unternehmerblatt wirkt fast beläustigend, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nach der Auffassung der bei der Verhandlung zahlreich anwesenden Zuhörer die beiden Zeugen grade

aus Angst vor dem Prinzipal, also vor dem **Terrorismus des Unternehmers**, mit ihrer Meinung bei der Aussage nur langsam und zögernd herausrückten!

**Die Wirkungen der geplanten Tabaksteuererhöhung** auf unser Gewerbe zeigen sich bekanntlich schon jetzt, trotzdem sie erst drohend am Horizonte steht. Einen neuen Beweis liefert der Jahresabschluß der Akt.-Ges. Hermann Schött in Rheydt, die in ausgedehntem Maße Ausstattungen für Tabakpackungen fabriziert. Sie erzielte trotz einer Steigerung der Handlungskosten und Reise-spesen etc. nur eine Einnahme von 884000 Mk., gegen 1050000 Mk. im Jahre 1907. Der Reingewinn sank ebenfalls von rund 400000 auf ca. 250000 Mk., so daß die armen Aktionäre statt einer Dividende von 10 Proz. für 1907 für das Jahr 1908 nur 7 Proz. erhalten konnten. Die armen Teufel werden sich also schwer durch die schlechten Zeiten durchzuhungern haben!

**Der Zoll auf Buchdruckklischees in der Schweiz** wurde einheitlich auf 30 Franks für 100 kg festgesetzt. Er betrug früher für nichtgravierte, also geätzte Klischees nur zwei Franks, für gravierte Klischees (Holzschnitte) aber schon immer 30 Franks für 100 kg. Das deutsche Chemigraphiegewerbe trägt also die Kosten.

**Der Reproduktionstechnik**, die ja mit der Photographie untrennbar verbunden ist, wird auf der »Internationalen Photographischen Ausstellung Dresden 1909« ein breiter Raum gewidmet sein. Der Deutsche Buchgewerbeverein in Leipzig, der die Leitung der Reproduktionshalle übernahm, setzte zur Bearbeitung der Gruppe einen Ausschuss unter dem Vorsitz des Direktors der Leipziger Akademie für graphische Künste, Herrn Prof. Seliger, ein. Es soll nicht, wie sonst üblich, jedem Aussteller ein Raum zugewiesen werden, auf dem er all seine Erzeugnisse unterbringt und nur die Leistungsfähigkeit seiner Firma zeigt, sondern dadurch, daß eine Anordnung der Erzeugnisse nach Techniken und Ländern erfolgt, wird es möglich sein, ein Bild von der Leistungsfähigkeit und dem gegenwärtigen Stand eines Verfahrens als solchen zu erhalten.

**Die Tarifbewegung in Triest** wurde durch den österreichischen Senefelderbund mit folgendem Ergebnis zu Ende geführt: Der frühere Tarif, der nur für Umdrucker und Maschinenmeister galt, ist endgültig verschwunden. In den neuen Tarif wurden auch die Lithographen, Chemigraphen und die Einlegerinnen einbezogen. Für das männliche Hilfspersonal, das im Taglohn arbeitet, wurde der Wochenlohn und die Feiertagsbezahlung eingeführt. Die Arbeitszeit beträgt für Lithographen 8, für das übrige Personal 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden. Die Zahl der Lehrlinge beträgt auf je vier Gehilfen einen Lehrling und darf bei den Lithographen und Druckern zusammen sowie bei den Chemigraphen in keiner Offizin mehr wie zehn Lehrlinge betragen. Der Mindestlohn wurde im ersten Gehilfenhalbjahr mit 18 K., im zweiten Halbjahr mit 20 K. und nach dem ersten vollendeten Gehilfenjahr mit 26 K. festgesetzt. Bezahlte Urlaube werden nach 3 Jahren 3 Tage, nach 5 Jahren eine Woche bewilligt. Desgleichen wurden anerkannt die Organisation, die Vertrauensmänner und die Stellenvermittlung. Die Tariffdauer beträgt drei Jahre.

**Ein Streik der Post-, Telephon- und Telegraphen-Beamten und -Arbeiter** ist in Paris ausgebrochen, durch den die drei Millionen Menschen der Hauptstadt Frankreichs abgeschnitten sind von der ganzen übrigen Welt. Kein Brief, keine Zeitung wird ausgetragen. Telegraph und Telephon sind völlig stillgelegt. Der Streik ist ein gewaltiger Protest der übelbehandelten Beamten gegen die Verwaltung, in der die Mißwirtschaft in höchster Blüte stand, sodaß sogar die Liga der Telephonabonnenten, die eine Organisation des Publikums gegen die skandalöse Wirtschaft im Fernverkehr anstrebt, die Streikenden beglückwünscht hat, da sie nur dem Pian, einen Streik der Abonnenten ins Werk zu setzen, zuvorgekommen seien. Bemerkenswert ist, daß auch die Pariser Schutzleute d. m. Streikfonds 800 Franks zugeführt haben!

**Einen Schlag gegen die Jugendorganisationen** möchte die Berliner Handwerkskammer durch einen Lehrkontrakt führen, nach welchem der durch einen solchen Kontrakt gegebene Lehrling ohne Einwilligung seines Lehrherrn keinem Vereine angehören und kein Schanklokal besuchen darf. Daß sich die Herren Innungskrauer nach der schönen mittelalterlichen Innenzucht zurücksehnen, ist bei ihrem in längsverlorenen Jahrhunderten wuzelnden Denken und Fühlen nicht zu verwundern. In unserer Zeit geben sie sich mit ihrem reaktionären Plänen nur dem Fiuch der Lächerlichkeit preis.

**Schwarze Listen** beschäftigten kürzlich das preußische Kammergericht. Die »Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten« hatte den Gürtler Schröder am 18. März 1905, als er noch Lehrling war, aus sämtlichen der Vereinigung angeschlossenen Betrieben ausgesperrt, und zwar auf Grund einer durch nichts erwiesenen Vermutung, daß Schröder bei einem Streik, der in seiner Lehrfirma ausgebrochen war, den Streikenden Nachrichten über Vorgänge in der Fabrik übermitteln habe. Der Aussperrte verklagte die Vereinigung auf Streichung seines Namens aus den schwarzen Listen und Zahlung vollen Schadenersatzes. Das Gericht entschied, daß durch die Sperre der Kläger geschädigt

worden sei. Für diesen Schaden sei Beklagte verantwortlich, da ihr Verhalten gegen die guten Sitten verstoße. Es widerspricht, so heißt es wörtlich in dem Urteil, dem sittlichen Empfinden aller billig Denkenden, wenn einem jungen Manne, der, um zu leben, auf seine gewerbliche Arbeit angewiesen ist, die Erwerbsmöglichkeit in seinem Berufe in einer Weise, daß er in der Ausnützung seiner Fähigkeit fast völlig beeinträchtigt wird, eingeschränkt wird, ohne daß für solche Maßnahmen ein sachlich ausreichender Grund vorläge. Demgemäß haftet die Beklagte dem Kläger wegen der Aussperrung für den ihm durch diese zugefügten Vermögensschaden gemäß § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches. — Hoffentlich schreiben sich die Scharfmacher, die in dieser frivol und brutalen Weise mit Arbeiterexistenzen spielen, diesen wohlverdienten Denksatz hinter ihre sauberen Ohren.

**Die Haftbarkeit der Gewerkschaften für die Kosten der Streikbrecher und deren Schutz** hat ein Oberrichter namens Mills in White-Plains in den Vereinigten Staaten durch Urteilsspruch festgelegt. Er verurteilte die Organisation der Maschinisten zu 3847 Dollar Schadenersatz. Dieser Betrag ist an eine Maschinenfabrik zu zahlen, welche während eines Streiks ihrer Arbeiter Streikbrecher und die zu deren Schutz bestimmten Pinkertons kommen ließ und dabei Auslagen in obiger Summe gehabt haben will. Die Unions sollen also nun auch noch für die Streikbrecher und deren Leibwachen bezahlen im — freien Amerika!

## Soziale Rundschau.

Im heutigen Artikel sollen ausschließlich die Rechnungsergebnisse der Unfall- und Invalidenversicherung einer kurzen Betrachtung unterzogen werden. Die Besprechung der Ergebnisse aus der Krankenversicherung muß dem nächsten Monatsartikel vorbehalten bleiben. Das folgende Zahlenmaterial betrifft die Rechnungsergebnisse für das Jahr 1907, für 1908 liegen Endzahlen noch nicht vor. Zunächst unterziehen wir die Ergebnisse der Unfallversicherung einer Besprechung.

Vom Jahre 1886 an bis inkl. 1907 kamen 8082690 Unfälle zur Anmeldung. Davon wurden entschädigt 1841684. Es verbleiben demnach über 6 Millionen nicht entschädigter Unfälle. In dieser riesigen Zahl ist allerdings ein großer Teil solcher Unfälle enthalten, für die eine Rentengewährung nicht in Betracht kam, da ein über die 13. Krankwoche hinausgehender Schaden nicht vorlag, oder weil sie sich nicht als Betriebsunfälle darstellen. Unter den über 6 Millionen nicht entschädigter Unfälle sind aber auch ganz zweifellos eine Unmenge von Unfällen enthalten, für die wohl die Berechtigung zum Rentenbezug vorlag, die aber einfach abgewiesen wurden. Die Geschädigten haben dann aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen versäumt, den Rechtsweg einzuschlagen oder sie sind bei dessen Beschreitung ebenfalls nicht zum Ziele gekommen. Jeder Praktiker hat die Ueberzeugung gewonnen, daß ein großer Teil von Unfällen überhaupt nicht zur Anmeldung gelangt und daß auch von den angemeldeten Unfällen ein großer Teil unentschädigt bleibt, trotzdem durch die Unfälle erhebliche Erwerbsbeschränkung verursacht wurde. Keine Woche vergeht, in der in den Arbeitersekretariaten nicht konstatiert werden müßte, daß Unfälle entweder garnicht oder zu spät zur Anmeldung gelangten, oder daß bei Abweisung der Entschädigungsansprüche versäumt wurde, den Rechtsweg innerhalb der gesetzlichen Frist einzuschlagen. Die Behauptung, daß ein großer Teil entschädigungsberechtigter Unfälle ohne Entschädigung verbleibt, gründet sich also auf bestimmte Tatsachen. Nicht selten werden die Entschädigungsansprüche abgelehnt, weil die behandelnden oder berufsgenossenschaftlichen Ärzte das Vorliegen einer Erwerbsbeschränkung über die 13. Woche hinaus verneinen, trotzdem eine oft erhebliche Erwerbsbeschränkung vorliegt. Entweder finden die Ärzte die Quelle des Leidens nicht, oder sie behaupten, daß dessen Wirkung eine harmlose sei oder aber, daß die bestehende Erwerbsunfähigkeit durch andere nicht unfallbedingte Krankheiten verschuldet sei. Die Tausende von Berufungsklagen, welche alljährlich erhoben werden müssen, sprechen auch für diese Behauptung. Wie gar so oft werden aber solche Klagen nicht erhoben, die Geschädigten geben sich mit der Abweisung zufrieden und die Berufsgenossenschaft hat die Rentenzahlung erspart: Die große Zahl der nichtentschädigten Unfälle muß demnach von den erwähnten Gesichtspunkten aus beurteilt werden, man wird damit zur Festigung der Ueberzeugung kommen, daß unzählige viele und oft folgenschwere Unfälle ohne jede Entschädigung verbleiben. Die »segenreiche« Wirkung der Unfallversicherungsgesetzgebung erläutert also schon bei Vergleich der Zahlen von gemeldeten und entschädigten Unfällen eine eigenartige Beleuchtung. Die Wirkung einer solchen Beleuchtung wird erhöht durch Kenntnisnahme folgender Zahlen: Im Jahre 1907 wurden 662901 Unfälle angemeldet, entschädigt wurden aber nur 144703. Mögen noch einige Tausend dazu kommen, für die das Feststellungsverfahren noch nicht beendet war, so bleibt das Mißverhältnis zwischen angemeldeten und entschädigten Unfällen immer noch sehr groß.

Unfälle mit tödlichem Ausgang wurden im Jahre 1907: 9815 erstmalig entschädigt. Dies ist die höchste bis jetzt erreichte Zahl. Ihre erschreckende

Höhe wird dadurch illustriert, daß der Krieg von 1870/71 nicht so viele Opfer forderte, als hier in einem Jahre auf dem Schlachtfelde der Industrie dargebracht werden mußten! Die Getöteten hinterließen 6631 Witwen (Witwer) und 13520 Kinder und Enkel.

1356 der entschädigten Unfälle bedingten außerdem völlige und dauernde Erwerbsunfähigkeit.

Bei derartig großen, ja riesigen Opfern, welche alljährlich von der Arbeiterschaft im Interesse der Gesamtheit gebracht werden müßten, sollte man in bürgerlichen Kreisen nicht immer von dem großen Wohlstandswort der Unfallversicherung sprechen. Wie kleinlich bleiben doch all die Wohlthaten gegenüber der Masse von Unglück und Elend, die durch die Unfallgefahren alljährlich über die Arbeiterschaft heraufbeschworen wird. Und wie beträchtlich ließe sich dieses Elend mildern durch Vorbeugung gegen die Unfallgefahren überhaupt. Hierzu gehörte neben ausreichendem Arbeiterschutz die Verkürzung der Arbeitszeit und Bestimmungen, wonach die Arbeiter selbst ein gesichertes Kontrollrecht über die Betriebseinrichtungen erhielten.

Man wird nun immer wieder hören, wie groß die zahlenmäßigen Aufwendungen für die Opfer der Unfallgefahren seien. Allerdings, bei oberflächlicher Betrachtung dieser Zahlen kommen da scheinbar überwältigende Resultate heraus. So wurden im Jahre 1907 von sämtlichen gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wie auch von den Ausführungsbehörden zusammen 150 325 291 Mark an Unfallentschädigungen bezahlt. Sicherlich eine riesige Summe, die — nebenbei gesagt — aus dem Arbeitsertrag der produktiv Tätigen geschöpft wurde. Untersuchen wir aber mal, wie sich diese Riesensumme in der Einzelbeleuchtung verhält? Von den gesamten Ausgaben der Berufsgenossenschaften (bei Abrechnung einiger Versicherungsanstalten) entfallen auf den Kopf der Versicherten 0,64 Mark. Auf jeden gemeldeten Unfall entfallen von den Gesamtausgaben 20,53 Mk. Auf jeden entschädigten Unfall entfallen dagegen von den Gesamtausgaben 153,19 Mark. Die letztere Zahl stimmt mit einer von mir gemachten Aufrechnung ziemlich überein. Nach dieser Aufrechnung sind von allen Einrichtungen der Unfallversicherung im Jahre 1907 an 968 575 Rentenempfänger lautende Entschädigungen gewährt worden. Die 968 575 Rentenempfänger haben sich also in die Summe von 150 325 291 Mark zu teilen gehabt, so daß auf jeden Rentenempfänger eine Jahressumme von 155,20 Mk. entfiel. Wenn die großen Zahlen also zerstückelt sind, dann bleibt für den einzelnen Geschädigten eine geringe Durchschnittsrente über. Die Zahl für Entschädigungen wird aber auch da durch nicht so riesig erscheinen, wenn wir uns überlegen; daß rund 21 720 000 Personen gegen Unfallgefahr versichert waren. Leider erstreckt sich diese Versicherung längst nicht auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen; es verbleiben Hunderttausende in verschiedenen Berufen tätige Personen, welche der Unfallversicherung nicht unterstehen.

Wer Gelegenheit hat, alle Tage sehen zu müssen, wie um die Unfallrenten geteilt werden muß, wie eine Klage die andere jagt, der wird über den Segen der Unfallversicherung seine besondere Meinung gewonnen haben. Anerkannt muß werden, daß schon manches Gute durch die Versicherung geleistet, daß manches Elend, manche Not gemildert wurde; aber gegenüber den Opfern, die die Arbeiterschaft an Gut und Blut bringen muß, kann von einer wirklichen Hilfe, von einer tatkräftigen Fürsorge nicht gesprochen werden. Große Zahlen können nur dem Unkundigen Bewunderung abgewinnen, der Kundige wird aus solchen Zahlen immer nur herausfinden, wie wenig in Wirklichkeit durch die Versicherungseinrichtungen geleistet wird. Daher muß es unsere Aufgabe sein, immer mehr für einen Ausbau der Gesetzgebung einzutreten, damit diese tatsächlich zu einem Werke des Segens für die unglücklichen Opfer der Arbeit und der heutigen Produktionsmethoden wird.

Aus den Rechnungsergebnissen der Invalidenversicherung entnehmen wir noch folgendes Material: Die Einnahmen aller Versicherungsträger (Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen, zusammen 41) betragen im Jahre 1907: 226 171 349 Mk. Von dieser Gesamteinnahme kommen auf Beiträge: 178 643 176 Mk. Die Einnahmen aus Beiträgen haben sich gegen das Jahr 1906 um mehr als 7 Millionen Mk. vermehrt.

Die Gesamtausgaben belaufen sich im Jahre 1907 auf: 140 629 931 Mk., so daß ein Vermögenszuwachs von: 85 542 018 Mk. (und dies in einem Jahre) erzielt wurde. Das Vermögen aller Versicherungsanstalten betrug mit Ende des Jahres 1907 140 067 649 Mk. 1404 Millionen Mark an Vermögen haben also die Versicherten bei der Invalidenversicherung liegen, und diese Millionen (wie auch die weiteren Millionen, die bereits aufgewendet wurden) stellen ebenfalls wieder Leistungen der Versicherten aus deren Arbeitsertrag dar. Daraus ist zu ersehen, was auf Grundlage der Solidarität erreicht worden ist und was erst erreicht werden könnte, wenn wir unter einer vernünftigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ständen, und wenn die Erträge der produktiven Arbeit wirklich nur im Interesse des Allgemeinwohls und zur Erfüllung kultureller Aufgaben verwendet würden.

Eine Vermögensaufhäufung, wie sie seit je in der Invalidenversicherung ausgeübt wird, ist aber vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus durchaus nicht als notwendig und gesund zu betrachten. Würden anstelle der großen jährlichen Reinersparnisse größere Aufwendungen für Ausübung des Heilverfahrens und Erhöhung der Renten gemacht, dann würde zur Förderung der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt bedeutend mehr beigetragen werden als gegenwärtig. Wenn im Jahre 1907 anstelle der 85 1/2 Millionen nur 25 Millionen Mark Reinüberschuß gemacht worden wären, dann wäre diese Summe noch hoch genug gewesen zur Stärkung der Reserven; 60 Millionen Mark aber konnten zur Erhöhung der Renten und für Zwecke des Heilverfahrens mehr ausgegeben werden.

Für die Zwecke des Heilverfahrens wurden insgesamt nur 15 186 286 Mk. ausgegeben; dazu kommen noch 1271 465 Mk. für Unterstützung Angehöriger. Bei der überaus großen Wichtigkeit des Heilverfahrens zur Erhaltung und Stärkung der Gesundheit ist die für diese Zwecke ausgegebene Summe viel zu gering. Für die Arbeiterschaft könnte es keinen größeren Vorteil geben als den: daß durch rechtzeitige und ausgiebige Anwendung des Heilverfahrens die Möglichkeit zur Gesundung, zur Wiedererstattung der verbrauchten Kräfte und zur Ausdehnung des Lebensalters gegeben würde! Denn die Arbeitskraft bleibt das einzige Kapital der Arbeiterschaft! Dieses Kapital möglichst lange und gut ausnützen zu können, bleibt ihr Vorteil. Daher ist für die Versicherten die Wiedererlangung der Gesundheit weit vorteilhafter als das Beziehen von Rente. Wenn aber Rente bezogen werden muß, dann sollte diese auch wenigstens einigermaßen genügend zur Deckung des notwendigsten Lebensunterhaltes sein. Dies ist aber durchaus nicht der Fall, wie wir gleich sehen werden.

Die Zahlungen an Rente betragen im Jahre 1907, einschließlich des Reichszuschusses: 147 593 319 Mk. Gewiß eine gewaltige Summe! Von 1891 bis inkl. 1907 wurden insgesamt: 1324 429 290 Mk. für Rentenzahlungen aufgewendet. In dieser Summe sind 484 036 834 Mk. Reichszuschuß einbezogen. Mit diesen großen Zahlen prunkt nicht nur die Reichsregierung, sondern auch die Verfechter der gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsordnung benutzen sie, um zu beweisen, wie kolossale Aufwendungen durch unsere Versicherungs-Gesetzgebung für die Arbeiter gemacht werden. Dabei vergessen die guten Leute, daß der gesamte Teil der Einnahmen an Beiträgen lediglich Leistungen der Arbeiterschaft darstellen. Die Hälfte der Beiträge wird zunächst vom Lohne einbehalten, die andere Hälfte aber wird aus den Beträgen gedeckt, welche die Arbeitgeber aus dem Arbeitsertrag der Beschäftigten für sich in Anspruch nehmen. Der Reichszuschuß wird aus den Erträgen der direkten und indirekten Steuern entnommen, diese Steuern werden aber zum größten Teile wieder von der Arbeiterschaft aufgebracht, der andere Teil stellt sich auch nur als Wert aus produktiver Tätigkeit dar, und diesen Wert haben die Arbeitenden wiederum geschaffen. Sicherlich ist es etwas schönes um solche Versicherungseinrichtungen, da sie sich aber nur auf den Ertrag produktiver Arbeit gründen und festigen können, so liegt absolut keine Ursache vor, diese Einrichtungen als Wohlthaten zu Gunsten der ärmeren Bevölkerung zu bezeichnen.

Wenn nun die Wirkung der Invalidenversicherung beleuchtet wird, dann bleibt eben wieder nur die Tatsache einer durchaus ungenügenden Fürsorge für invalide Arbeiter und Arbeiterinnen übrig. Die verhältnismäßig sehr wenigen Aufwendungen für Heilverfahren habe ich bereits erwähnt. Zerlegen wir nun die Summe für ausbezahlte Renten in Einzellleistungen, dann kommt auf eine Durchschnittsrente die Summe von 166,40 Mk. pro Jahr. Die Altersrente erreicht nur 161,64 Mk. Daß diese Renten viel zu gering sind, um auch nur die Kosten für den allerwenigsten Lebensunterhalt bestreiten zu können, wird einleuchtend sein. Die Rentenbeträge langen kaum zur Miete, wo bleibt da die Möglichkeit zur Deckung der Kosten für Lebensunterhalt und Kleidung? Der kranke Arbeiter und die kranke Arbeiterin, welche gezwungen sind, die Rente in Anspruch zu nehmen, sind also der bittersten Not ausgesetzt. Und diese Armen sollten doch eigentlich von aller Sorge befreit sein! Wer Invalidenrente beziehen will, muß ja zwei Drittel seiner Erwerbsfähigkeit völlig verloren haben; verbleibt wirklich ein kleiner Teil von Erwerbsfähigkeit, so ist sie doch kaum zu verwerten. Die Altersrente wird bekanntlich erst im 70. Lebensjahre gewährt. Wir ersehen also, daß nur sehr wenig an wirklicher sozialer Fürsorge über bleibt, wenn die scheinbar großen Summen für diese Zwecke auf den einzelnen Entschädigungsfall zerlegt werden.

Im Jahre 1907 wurden festgesetzt: 112 220 Invalidenrenten, 11527 Krankenrenten und 10813 Altersrenten. Die Zahl der bewilligten Renten hat gegen das Vorjahr eine kleine Erhöhung erfahren, sie bleibt aber noch weit hinter der Zahl der Bewilligungen früherer Jahre zurück. Im Jahre 1903 wurde mit 152862 die Höchstzahl an bewilligten Renten erreicht. Die Rentenzahl fällt dann von Jahr zu Jahr; im Jahre 1904 waren 140 092, 1905: 122 869, 1906: 110 969 erstmalig bewilligte Renten zu verzeichnen. Gegen 1903 sind also im Jahre 1907 wiederum über 40 000 Renten weniger bewilligt worden. Daß sich die Erwerbs-, Arbeits- und Ge-

sundheitsverhältnisse der Arbeiterschaft in diesen Jahren aber so bedeutend gebessert haben, um eine Abnahme der Invalidität zu erklären, glaubt doch im Ernste kein vernünftiger Mensch. Nein, die Minderung der Renten ist nur der Erfolg einer verkehrten Sparpolitik, die sehr wenig Rücksicht auf die wirkliche Notlage im Volke nimmt.

Unter den Invalidenrentenempfängern waren 1907: 3241 Personen, die erst im Alter von 20 bis 24 Jahren standen, 5068 Personen im Alter von 25 bis 29, und 5430 Personen im Alter von 30 bis 34 Jahren. Es ergibt sich daraus, daß die Invalidität im vermehrten Maße gegen früher einen großen Prozentsatz solcher Leute umfaßt, die noch im besten Mannesalter stehen. Dies sind auch Erscheinungen unserer heutigen Wirtschaftspolitik.

Karl Möjlinger.

## Nicht Verkümmern, sondern Ausbau der Arbeiterversicherung.

Das Reichsamt des Innern bereitet gegenwärtig eine Reform der Arbeiterversicherungsgesetze vor. Eine Reform, deren angeblicher Zweck in der Vereinfachung und Verbilligung der staatlichen Arbeiterversicherung bestehen soll, die aber tatsächlich darauf hinausläuft, den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen zu nehmen und im übrigen einen wirklichen Ausbau der Arbeiterversicherung hintanzuhalten.

Die Verdächtigungen der Ortskrankenkassen als Institute, an denen sich die sozialdemokratischen Parteiführer mästen, haben bei den in Frage kommenden Reichsbehörden ein williges Ohr gefunden. Freilich, diese beweislosen Verdächtigungen, mit denen insbesondere der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wider das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen krebsen ging, waren kein tatsächliches Material. Das Material sollte die im Oktober 1908 stattgefundene Konferenz im Reichsamt des Innern liefern, wo Unternehmer- und Arbeitervertreter aus den Krankenkassen vernommen wurden. Aber die politischen Arbeiterfeinde erlitten hier eine schmachliche Niederlage.

Das sehnstüchtig erwartete Material gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen blieb aus: die Unternehmer hatten keins. Ja, die Unternehmer stimmten in jener Konferenz sogar soweit mit den Arbeitern überein, daß sie den seitens des Reichsamt des Innern für die kommende Reform vorgeschlagenen unparteilichen Vorsitzenden der Ortskrankenkassen ablehnten. Dieser unparteiliche Vorsitzende sollte geschaffen werden, wenn die Unternehmer nicht, wie bisher, ein Drittel, sondern die Hälfte der Kassenbeiträge übernehmen würden. Der angebliche politische Mißbrauch der Ortskrankenkassen hatte sich als ein leeres Phantasiegebilde herausgestellt; die Arbeiterfeinde waren elend blamiert! Selbst der stellvertretende Vorsitzende des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, Kommerzienrat Menck, mußte in No. 48 von 1908 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung konstatieren, daß in jener Konferenz für die gegen die Leitungen der Ortskrankenkassen erhobenen Anklagen keine Beweise beigebracht werden konnten. Kommerzienrat Menck bringt in der genannten Zeitung auch zum Ausdruck, daß ihm der heutige Zustand lieber sei, als eine Herrschaft der Bürokraten in den Ortskrankenkassen. Man sollte meinen, daß damit die Attacke, die das Reichsamt des Innern gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen liefern wollte, zurückgewiesen sei. Aber die Arbeiter werden gut tun, sich nicht in Sicherheit zu wiegen. Nicht das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter darf beseitigt werden, sondern mit der Zerspaltung der Versicherungsorganisation (Ortskrankenkassen der verschiedenen Berufe, Betriebs und Innungskassen, Gemeindefrankenversicherung) muß aufgeräumt werden. Wir brauchen eine Zentralisation, d. h. für größere Bezirke eine leistungsfähige Kasse.

Notwendig ist ferner die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Arbeiter und Angestellten aller Kategorien. Zu beseitigen ist die Grenze der Versicherungspflicht bei 2000 Mk. Arbeitsverdienst. Zu erhöhen sind die Mindestleistungen, die heute keineswegs ausreichen, dem erkrankten Arbeiter und seiner Familie auch nur das Nötigste zu gewähren. So muß die Reform der Krankenversicherung aussehen, wenn bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung die soziale Gesinnung echt wäre, mit der sie prunken!

Die Unfallversicherung erstreckt sich auch nicht auf alle Arbeiterkategorien. Die Verwaltung liegt in den Händen der Berufsgenossenschaften, in denen die Unternehmer allmächtig sind; kein Arbeiter hat hier etwas zu sagen. Die Ansprüche der Versicherten beruhen nicht auf geleisteten Beiträgen, sondern auf der Versicherungspflicht. Infolgedessen darf auch das Recht der Verwaltung nicht an die Beitragszahlung geknüpft, sondern muß den Versicherten überlassen werden. Die Kosten der Unfallversicherung werden zwar formell von dem Unternehmertum getragen, tatsächlich aber doch von den Erträgern der Arbeit jener gedeckt, die in den Betrieben beschäftigt sind. Dauer gebührt den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht, zum mindesten aber das paritätische Mitbestimmungsrecht. Davon wollen die Unternehmer jedoch nichts wissen. Sie glauben, wenn die Arbeiter, wie in den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, so

auch in den Berufsgenossenschaften ein Wortlein hineinreden, daß dann die Rentenkauseri nicht so weitergeht, und dann die Kosten der Unfallversicherung wachsen würden. Die Arbeiter werden aber unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten und ebenso entschieden dafür eintreten, daß die Leistungen der Unfallversicherungen erhöht werden.

Im Vordergrund der Erörterungen hat in letzter Zeit aus mancherlei Gründen das Invalidenversicherungsgesetz gestanden. Bekannt ist, daß das Reichsamt des Innern mit einer großen Energie bestrebt ist, die Bewilligung der Invalidenrenten seitens der zuständigen Organe, möglichst einzuschränken. Die Rentenbewilligungen waren von 174508 im Jahre 1903 auf 134057 im Jahre 1906 zurückgegangen! Da war kolossal »gequatcht« worden. Inzwischen sind nun die Bestrebungen der kaufmännischen und technischen Anstellungen auf eine angemessene Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung stärker hervorgetreten. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung, welche bisher den Privatangehörigen nicht einmal die heutigen Versicherungsgehalte voll zugute kommen ließen, spielen nun mit dem Gedanken, für diese Angestellten eine besondere Pensionsversicherung zu schaffen. Ob etwas daraus wird, was die Angestellten auch befriedigt, ist zum mindesten sehr zweifelhaft, aber man will hier eine Zerspaltung, und zwar aus politischen und finanziellen Gründen. Einen durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung möchten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierung aus »Sparmassenrücksichten« umgehen. Aber man möchte auch die unzufriedenen Angestellten, denen man so gut wie jeden gesetzlichen Schutz vor grenzenloser Ausbeutung durch die Unternehmer verweigert, nicht direkt in das Lager der Sozialdemokratie jagen. Und so sucht man sie mit einer Sonderversicherung zu ködern, womit man eine Scheidewand zwischen Angestellten und Arbeitern aufreichten zu können glaubt. Von solchen unsozialen Beweggründen wird die deutsche Sozialpolitik beherrscht. Die Alters- und Invalidenrenten, die nach dem heutigen Invalidenversicherungsgesetz an die Rentenberechtigten gezahlt werden, betragen im Durchschnitt jährlich rund 158 Mark. Die Arbeiter müssen mit aller Kraft dafür agitieren, daß an Stelle dieser geringfügigen Altersrenten wesentlich höhere Versicherungsleistungen treten, — nicht nur für die Privatangestellten, sondern für die Arbeiter aller Kategorien.

Als im Jahre 1902 das deutsche Volk mit drückenden Zollerhöhungen belastet wurde, beschloß der Reichstag, daß ein Teil der höheren Zölle »zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden« sei. Die hohen Zölle sind in Kraft getreten, für die *Witwen- und Waisenversorgung* aber ist nicht soviel übrig geblieben, daß davon auch nur eine kümmerliche, geschweige denn eine angemessene Fürsorge durchgeführt werden könnte. Die Arbeiter aber wünschen eine Hinterbliebenenfürsorge mindestens in dem Maße, wie sie das Gewerbeunfallversicherungsgesetz gewährt. An der Durchführbarkeit dieser Versicherung ist kein Zweifel; sie ist ohne Einführung irgendwelcher neuer Steuern schon dann möglich, wenn der unsinnigen Verschwendung für militärische Zwecke Einhalt getan wird.

Die *Arbeitslosenversicherung* wollen wir nicht in dem Rahmen der heutigen Arbeiterversicherungsgesetze verwirklicht wissen. Für ihre Eigenart müssen in organisatorischer Beziehung andere Gesichtspunkte maßgebend sein; ihre Grundzüge sollen die Gewerkschaften sein, an deren Mitglieder zur Arbeitslosenunterstützung staatliche Zuschüsse zu leisten sind. Sie soll aber hierbei mitbewahrt werden, um über die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft hinsichtlich der staatlichen Versicherung ein genaueres Bild zu geben. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß man in verschiedenen Nachbarstaaten mit der Arbeitslosenversicherung aus Staats oder Gemeindegeldern viel weiter ist, als in Deutschland; wenn auch zugegeben werden muß, daß sie auch dort zu wünschen übrig läßt.

Wir haben vorstehend in großen Zügen ein Bild der Wünsche entworfen, die die deutsche Arbeiterschaft an das staatliche Versicherungswesen zu stellen hat. Möge die Arbeiterschaft durch unausgesetzte Agitation ihren Forderungen kräftigsten Nachdruck verleihen.

P. L.

## Briefkasten der Redaktion.

W. S., D. Manuskripte dürfen nur auf einer Seite beschrieben werden. — A. G., L. Ihre Karte kam zu spät hier an, um noch berücksichtigt werden zu können. — A. H., D. Den Schluß lassen wir lieber weg. — G. G., D. Sendung erhalten. Dank und Gegengruß! — P. G., G. Zur Vermeidung langatmiger Wiederholungen werden die Protestversammlungsberichte nur in knappster Form gebracht. Durch die Schlußsätze Ihres Berichts würde die Wirkung des Protestes »beeinträchtigt« werden. — H. P., D. Den Bericht habe ich vollkommen ungeschrieben. Er wird dem Vortrage mehr entsprechen wie das ursprüngliche Manuskript. Protestversammlungsberichte können nur noch in knappster Form gebracht werden. — O. G., D. Ein Hinweis auf die Branchenversammlung am 20. März ist doch zwecklos, da sie bei Er scheinen des Berichts schon stattgefunden hat. Gruß! — *Druckfehler-Be-*

*richtigung.* Im Leitartikel der vorigen Nummer ist auf Seite 1, Spalte 3, Zeile 7 von oben statt »Kontrakt« zu lesen: »Der Bericht zeigt, daß der Kontakt zwischen beiden zentralen Unternehmervereinigungen. . . .«



## Allgemeines.

Teil für die  
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Zur Postkartenzollfrage in Amerika.

Mit echt amerikanischer Geschicklichkeit haben es die Postkartenfabrikanten der Vereinigten Staaten verstanden, ihre Schritte gegen die ausländische Konkurrenz vor der kritischen Öffentlichkeit geheim zu halten. Bis jetzt ist das, was über die Tätigkeit der kleinen Postkartenkönige im lieben Europa bekannt wurde, meistens erst aus dritter und vierter Hand gekommen, und es war überdies nur dasjenige, was das Licht der deutschen Öffentlichkeit noch am wenigsten zu scheuen brauchte. Die in erster Linie durch die schon lange voraus wirkenden Tarifänderungsfragen entstandene Organisation der Postkartenfabrikanten, die The Post Card Manufacturers and Allied Trades Protective Association of the United States hat monatelang in der geschicktesten Aufmachung gegen die deutsche Schmutzkonzurrenz mobil gemacht. Das interessanteste Dokument dieser Tätigkeit, ihre *Petition an das »Mittel- und Wege-Komitee«*, welches die Vorverhandlungen der Tarifrevision führte, wird jetzt erst der Allgemeinheit in seinen wichtigsten Teilen bekannt. Die N.-Y. H.-Z., die während der ganzen Tarifkampagne immer die deutschen Exportinteressen vertreten hat, bringt jetzt aus diesem Dokument Einzelheiten zum Abdruck.

In der *Petition* wird ausgeführt, daß bei der Festsetzung des letzten Tarifes die Postkarten in Amerika fast unbekannt waren, und daß die große Einfuhr erst 1903 begonnen hat. Die Industrie in Europa sei eine altetablierte, in Amerika befinde sie sich erst im Entwicklungsstadium, deswegen müsse dafür gesorgt werden, daß die Amerikaner auf gleicher Basis mit den Ausländern konkurrieren könnten. Diese Behauptungen werden unterstützt durch von uns schon früher erwähnte und kritisierte Lohnstatistiken, die den Nachweis erbringen sollten, daß speziell Deutschland bedeutend billigere Arbeitskräfte besitze und demzufolge Schmutzkonzurrenz treibe. Es heißt dann weiter: »Ein neuer und äußerst wichtiger Zweig der lithographischen Industrie, die Fabrikation von Postkarten, würde den lithographischen Anstalten in Amerika Arbeit im Werte von Millionen Dollar alljährlich zuwenden, und der amerikanische Geschmack und Stil würde unbedingt den ausländischen Erzeugnissen vorgezogen werden. — Das amerikanische Erzeugnis würde gekauft, wenn das ausländische Produkt nicht so billig an den hiesigen Markt eingeführt werden könnte. Während in Europa viele Arbeiter nur zwischen 5—6 Dollar pro Woche verdienen, erhält der amerikanische Arbeiter für die gleiche Klasse Arbeit von 18—25 Dollar wöchentlich. Aus diesen Gründen ist es eine gebieterische Notwendigkeit, daß ein starker Schutz Zoll auf alle lithographischen Erzeugnisse gelegt wird. Speziell Kalender, Postkarten, Plakate usw.«

Die vorgeschlagene Aenderung des Zolltarifes hat folgenden Wortlaut: »Postkarten, in Bogen oder geschnitten, auf beiden Seiten bedruckt oder nicht, lithographiert, wo die Mehrzahl der Platten von Stein, Zink, Aluminium oder anderen Materialien gedruckt sind, 35 Cents per Pfund (der jetzige Zollsatz beträgt für alle lithographischen Produkte 5 Cents per Pfund); wenn im Wege des Drei- oder Vierfarbendruckes hergestellt, die Verwendung des Rasters zeigend, 50 Prozent des gemeinen Wertes; wenn handgemalt 100 Prozent des gemeinen Wertes; wenn im Wege des Photo-Gelatine-Prozesses hergestellt, oder wenn von Glasplatten oder Gelatine gedruckt, 75 Prozent; wenn im Spritzprozeß

koloriert oder geprägt, 100 Prozent; wenn im Wege des Photogelatineprozesses hergestellt und handkoloriert, 100 Prozent; wenn ganz oder teilweise dekoriert oder bedeckt mit Federn, Haar, Baumwolle, Flitter, Plüsch, Seide oder Metallprodukten oder irgend anderem Material 100 Proz.; alle anderen Arten, vorstehend nicht angeführt, 75 Prozent des gemeinen Wertes.« So sehen die Wünsche der amerikanischen Postkartenfabrikanten aus. Und sie haben alle Aussicht auf Verwirklichung ihrer Wünsche auf ihrer Seite. Sehr mit Recht betont die schon zitierte Zeitung, daß an der Entwicklung der Dinge die deutschen Fabrikanten, die sich in den letzten Jahren in Amerika geradezu wahnwitzige Konkurrenz gemacht haben, ihr reichlich Teil selbst schuld sind. Und dies ist ein Urteil, was wir nur voll und ganz unterschreiben können.

Mit der Vernichtung der deutschen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten sind aber, ganz abgesehen von dem im eigenen Lande drohenden steuerlichen Vernichtungsfeldzuge, immer noch nicht alle Gefahren umfaßt, die der graphischen Industrie das Lebenslicht auszublasen drohen. Frankreich beschäftigt sich jetzt ebenfalls mit einer Tarifrevision seiner Zölle. Es bedarf der dringendsten Aufmerksamkeit aller im graphischen Gewerbe Tätigen, die sich dort entwickelnden Gefahren zeitig genug und richtig zu erkennen, damit nicht wieder, wie es bei Amerika war, die ganze Gefahr erst erkannt wird, wenn es schon zu spät ist. Deutschlands Export in graphischen Produkten nach Frankreich ist ganz beachtenswert. Er droht durch die Art, wie der Zolltarif nach dem allmählich vollstän dig werdenden Entwurf geändert werden soll, vollständig unterbunden zu werden. So ist z. B. für Tapeten die dreifache Höhe des jetzigen Zollbetrages vorgesehen. Hoffentlich wird auch unser lieber »Schutz«-verband recht bald wieder mit lebendig, um nachzuprüfen, ob die Zollerhöhungen auf sämtliche lithographischen Produkte geplant sind. Der Hilfe der Arbeiter ist er dabei sicher.

Und was ist die Ursache dieser immer weiter um sich greifenden Versperrung des Weltmarktes durch nationale Schutzzollschranken? Es ist — von Amerika abgesehen, wo die deutschen Unternehmer die Agitation für die Zollerhöhung durch ihr Auftreten bedeutend erleichtert haben — die deutsche Politik der letzten Jahrzehnte, die deutsche Hochschutzzollpolitik, die ihre Früchte zu tragen beginnt. Immer mehr Länder kommen zu verstärkter Schutzzollpolitik. Deutschland hat mit seinem jüngsten Zolltarif den Weg gezeigt. Damals versprach der ewige Kanzler Bülow, daß die höheren Zölle die deutsche Arbeitskraft schützen würden, und heute?! die Not der deutschen Arbeiter, das kann man jetzt an der graphischen Industrie sehr genau beobachten, wird eher größer, als kleiner.

K. H.

## Brief aus München.

Herr Müller, der Inhaber der bekannten Heiligenbilderfirma, war schlechter Laune. Schatten des Unmutes umwölkten die christliche Stirn. »Der verfluchte Lausejunge, der Teufel mag ihn holen!« entfuhr es unwillkürlich den frommen Lippen. Bisher war ja noch alles, ausgeklügelt mit pfiffigem und berechnendem Geschäftssinn, ganz vorzüglich gelungen, und nun — dieser verfluchte Lausejunge! »Also wie ist die Schwätzerlei angekommen, daß 2 der 4 Maschinenmeister, die ich hinausgeworfen habe, sich wieder angebettelt hätten?« — »Ja, der Faktor Fr. selbst hat es unserem Kollegen Sch. gesagt!« — »So; nun angebettelt haben sich die beiden ja direkt nicht, das ist vielmehr so von selbst gekommen. Die Zwei haben eben eingesehen, daß obwohl einige Angebote auswärtiger Kräfte, und zwar selbst zu sehr geringen Löhnen, vorliegen, Experimente in diesem Umfange bei den diffizilen Arbeiten für mich nicht vorteilhaft sind. Sie wissen ja selbst, Wechsel findet immer statt. Immer neue Kräfte werden versucht, hinausgeworfen, und wieder neue gesucht. Aber fünf auf einmal, das ist doch etwas zu haarig, da komme ich zu stark in Druck. Die Zwei haben das auch eingesehen, und da noch eine kleine Zulage in Betracht kommt, auch ihren Vorteil dabei gefunden!« Und dann mit erhobener Stimme zum Faktor gewandt: »Aber Sie hauen dem Lausejungen (damit war der Kollege Sch. gemeint) einfach ein paar hinter die

Ohren und damit ist die Sache dann erledigt! — So die Schilderung der zwei in Frage kommenden Maschinenmeister in unserer letzten Vertrauensmännersitzung.

Der Sachverhalt verhält sich kurz wie folgt: Der Faschings-Dienstag ist im allgemeinen für München ein Halbfesttag. Die meisten Geschäfte sind nachmittags von 12 Uhr ab geschlossen. Desgleichen Ortskrankenkasse, Ständesämter usw. usw. Anders aber in dieser Schutzverbandsfirma; da darf keine Stunde der Münzung von christlichem Profit entzogen werden. Eine Anzahl von Kollegen wollten jedoch für diesen Nachmittag auch gern frei haben. Sie wollten, da man ja nie weiß, wie lange die Gastrollenherrlichkeit in dieser Firma dauert, auch einmal den Münchener Faschingsrummel, der an diesem letzten Tage den Höhepunkt erreicht, kennen lernen. Einige Kollegen erhielten denn auch frei. Vier Maschinenmeister aber wurden patzig abgewiesen. Sie begingen dann das furchtbare Verbrechen, ohne die besondere Erlaubnis ihres christlichen Chefs zu feiern. Das mußte gerochen werden! Die Vier wurden Knall und Fall aufs Pflaster gesetzt. In einer Geschäftsversammlung, wo die Kollegen insbesondere über patzige und rücksichtslose Behandlung Klage führten, erklärte der anwesende Verwaltungsvertreter, daß die Verwaltung in diesem Falle kein Interesse habe einzugreifen. Trotzdem aber wollten die vier Kollegen von einem Einigungsvorschlag nichts wissen, erklärten vielmehr, auf eine fernere Tätigkeit in dieser humanen Firma lieber verzichten zu wollen. Als dann nach einigen Tagen zwei dieser Kollegen trotzdem wieder in die Firma eintraten, wurde ihnen nachgesagt, sie hätten sich wieder angebettelt. Das aber stellten diese in der vorerwähnten Vertrauensmännersitzung entschieden in Abrede. Nicht sie, so wurde des öfteren betont, haben sich angebettelt, vielmehr habe Herr Müller ihnen die Stellen wieder angeboten. Höchst unangenehm aber sei es Herrn Müller, daß durch die Rederei die wiedergewonnenen Kräfte wieder in Frage gestellt wären, und in seinem Unmute, nun zugeben zu müssen, daß er die Leute selbst veranlaßt habe, wieder zu bleiben, habe er dann zum Faktor gesagt: „Aber dem Lausejungen, dem hauen sie ein paar hinter die Ohren! Zum Glück war in jener Vertrauensmännersitzung aber auch der als „Lausejunge“ bezeichnete Kollege anwesend. Und nicht laul, verlangte er andern Tages von Herrn Müller seine Papiere und entsprechende Entschädigung.

Die Sache kam vor das Gewerbegericht. Dort kam ein Vergleich zustande, wonach die Firma dem Kollegen eine Entschädigung bezahlte, der Kollege dann aber erklärte, von weiteren Schritten Abstand nehmen zu wollen. Später hat der Kollege dann sehr bedauert, daß er im Augenblick zu wenig überlegt, diesem Vergleich zugestimmt und sich somit des Rechts begeben habe, wegen des Lausejungen weitere Schritte einzuleiten.

Herr Müller ist aber wieder einmal fein heraus. Die Heiligen scheinen ihn eben ganz besonders ins Herz geschlossen zu haben. Und so kam also der höfliche und christlichdenkende Herr Prinzipal für diesmal noch mit einem blauen Auge davon.

X. V. Z.

## Fabrikhygiene.

Wer die letzte Totenliste der „Graph. Presse“ gelesen hat, wird das Blatt mit gemischten Gefühlen beiseite gelegt haben. Denn außer der hohen Zahl der Todesfälle in der kurzen Zeit von 2 Monaten wird auch die Todesursache manchem zu denken geben. Von den 25 verstorbenen Kollegen starben 11 = 44 Proz. an Kehlkopf- oder Lungenleiden, eine Ziffer, welche auch den Gleichgültigsten nicht mehr ruhen lassen sollte. Das Durchschnittsalter der Verstorbenen war 43 Jahre 73 Tage. Rechnet man aber das Durchschnittsalter der an Kehlkopf- und Lungenkrankheit Verstorbenen so sinkt die Ziffer schnell auf 35 Jahre. Das ist ein Zeichen, wie schlecht es an den Orten mit den sanitären Zuständen dort sein muß, wo sich die betreffenden meist aufhalten müßten: in unseren Kunstanstalten.

Betrifft man eine solche, so ist wohl meist der Weg zum Kontor rein gehalten. In diesem stehen meist Spucknapfe; dort wird auch nicht während der Arbeitszeit gekehrt und gesäubert. Dies ist die Vorderseite der Medaille. Betrachtet man aber die Kehrseite, betritt man die Treppen und Gänge zu den Räumen, in welchen wir „gewöhnlichen Arbeiter“ zu schaffen gezwungen sind, so sieht das Bild ganz anders aus. Auf den Treppen liegt der Auswurf und Sputum in jeder Farbe, so daß man oft an sich halten muß, damit einem nicht übel wird. Dieses Sputum vertrocknet und der mit voller Lunge atmende Arbeiter kann beim Treppensteigen, besonders wenn eine Arbeiterin mit den Rücken den Staub aufwirbelt, zu vollem Genuß der Bacillen kommen.

Nicht besser ist es in den Arbeitsräumen selbst. Ich habe in den 23 Jahren meiner Tätigkeit in Druckereien noch nie Spucknapfe vorgefunden. Man ist gezwungen, einfach den Boden zu verunreinigen. Und abends nimmt der abgemattete Körper das vertrocknete, beim Kehren in die Luft gewirbelte Sputum wieder in sich auf.

Was den Herren in dem Kontor recht ist, muß für die Arbeiter billig sein, und allerorts müßten

die Kollegen durch ihre Geschäftsausschüsse oder Vertrauensleute darauf dringen, daß solche gesundheitswidrigen Zustände beseitigt werden. Aber auch die Kollegen selbst können durch Reinlichkeit viel zur Hebung ihrer Gesundheit beitragen. //

## Ortsberichte.

### Protestversammlungen.

**Aachen.** Am 15. März fand hier eine gutbesuchte Protestversammlung der graphischen Gewerbe gegen den Anzeigensteuer-Entwurf statt. Nach einem einleitenden Referat unseres Gauleiters Bauknecht über die Finanzwirtschaft des Reiches, ferner über die Wirkungen der Tabak- und Plakatssteuer auf das graphische Gewerbe, wies der Vorsitzende an einigen drastischen Beispielen auf die finanztechnische Wirkung dieser Steuermonstrums hin. Zum Schluß wurde eine entsprechende Protestresolution einstimmig beschlossen.

**Dessau.** Am 11. März fand hier unter reger Beteiligung eine Protestversammlung gegen die das graphische Gewerbe stark gefährdenden Steuervorlagen der Regierung statt. Der Referent, Kollege Herbst-Leipzig, verstand es vortrefflich, den Anwesenden ein Bild von dem ganze Gewerbebezweige in Frage stellenden, zahlreiche Arbeiterexistenzen vernichtenden Charakter der Steuerpläne zu geben. Eine Protestresolution, die sich besonders gegen die Plakatssteuer wendet, fand einstimmige Annahme.

**Dortmund.** In unserer am 7. März gemeinschaftlich mit den Buchdruckern, Buchbindern und Buch- und Steindruckereihilfsarbeitern veranstalteten, von zirka 150 Personen besuchten Protestversammlung referierte Kollege O. Bauknecht. In 1 1/2 stündigem Vortrage behandelte er die gesamte Finanzpolitik, besonders die Tabak-, Plakat- und Inseratensteuer, und bezeichnete die Steuerpolitik als industrie- und verkehrsteindlich. Die Versammlung nahm einstimmig eine entsprechende Resolution an und erwartet, daß dieser Protest gegen die das graphische Gewerbe aufs schwerste schädigenden Steuervorlagen nicht ungehört verhallen möchte.

**Göppingen.** Am 9. März fand hier eine Protestversammlung aller graphischen Berufe statt, die zu ca. 75 Proz. vertreten waren. Der Referent H. Werner-Stuttgart besprach eingehend den heutigen Stand der graphischen Industrie und daraufhin die Wirkungen, die die Inseraten-, speziell aber die Plakat- und Tabaksteuer zeitigen werden. Die Lithographie und der Steindruck würden ganz brach gelegt, da der seitherige Bedarf an den üblichen Reklameartikeln auf ein Minimum beschränkt werden würde, das wiederum eine vermehrte Arbeitslosigkeit heraufbeschwören müsse. Nachdem Redner an der Hand drastischer Beispiele und Berechnungen die Unhaltbarkeit der genialen Steuerpläne nachgewiesen hatte, wurde einstimmig eine entsprechende Resolution angenommen.

**Grimma-Nerchau.** Die hiesige Zahlstelle hielt am 13. März gemeinschaftlich mit den Buchdruckern, Buchbindern, graphischen Hilfsarbeitern und Tabakarbeitern eine gut besuchte Protestversammlung gegen die Steuerpolitik ab. Zunächst referierte der Tabakarbeiter Genosse Schmidt-Dresden über die geplante Mehrbelastung des Tabaks. Er bezeichnete die meisten Steuerpläne als direkt Industrien vernichtend. Darnach sprach Kollege Köhler-Leipzig über die Anzeigen- und Plakatssteuervorlage und wies nach, daß unser Beruf mit doppelten Ruten gepöckelt werden solle. Die Steuerpläne zeigten zur Genüge, wie notwendig die politische Betätigung jedes Gewerkschafters sei. Zum Schluß wurden zwei die Steuerpolitik verurteilende Resolutionen einstimmig angenommen.

**Kiel.** In unserer am 11. März abgehaltenen Protestversammlung, in der alle graphischen Berufe vertreten und ca. 250 Personen anwesend waren, referierte Kollege-Ulrich-Hamburg. Er zeigte, daß durch die Plakatssteuer die Plakatindustrie vollständig lahmgelegt werden würde und erinnerte ferner an die geplante Tabaksteuer und die drohenden Zollerhöhungen in Amerika, die ebenfalls ihren Teil zum Ruin unseres Gewerbes beitragen werden. Eine scharfe Protestresolution wurde hierauf einstimmig angenommen.

**Düsseldorf.** Die am 6. März stattgefundene Versammlung war von ca. 50 Kollegen besucht. Von den etwa 30 Positiv-Retuschuren am Ort war sage und schreibe ein Kollege anwesend. Möge die Mahnung an dieser Stelle, in Zukunft den Versammlungen mehr Interesse zu schenken, von Erfolg sein. Nach Bekanntgabe und Genehmigung der Abrechnung vom IV. Quartal 1908 gab die Vergütungskommission den Bericht und die Abrechnung vom Winterfest. Bis auf wenige Ausnahmen werden die Festteilnehmer sicher auf ihre Rechnung gekommen sein. Nur müßten sich die Kollegen im allgemeinen mehr in den Dienst der guten Sache stellen, da es doch vor allem uns Arbeitern sehr not tut, nach vielen sauren Wochen auch ein frohes Fest zu feiern. Der Versand der Graphischen Presse war sodann Gegenstand recht reger Debatten, da einige Vertrauensleute die Pressen nicht abgeholt hatten, was allgemein gerügt wurde. Zum Neubau des Volkshauses wurde beschlossen, für außerordentliche Ausgaben pro Mitglied 1 Mark zu bewilligen; selbstverständlich sind der Wohltätigkeit keine Schranken gesetzt. Die Steuer wird nach

Aufhören der jetzigen Extrasteuer erhoben und zwar 10 Wochen lang 10 Pf. Den Hauptteil der Versammlung füllte Kollege Bauknecht mit seinem Vortrag: „Gewerkschaften und Krise“. Reicher Beifall wurde dem Referenten am Schlusse seiner Ausführungen.

**Köslin.** Am 28. Februar fand unter vollzähliger Beteiligung aller Mitglieder der hiesigen Zahlstelle, zu welcher auch die erschienenen Stolper und Kolberger Kollegen gehören, unsere Generalversammlung statt. Am gleichen Tage konnte auch die Zahlstelle auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Der Vorsitzende, Kollege Wiegelmann, schilderte in einem gut ausgearbeiteten Vortrag die erfolgreiche Tätigkeit der Zahlstelle seit ihrer Gründung. Nach der einstimmigen Entlastung des Kassierers wurde zur Wiederwahl des Gesamtvorstandes geschritten, an die sich ein kurzer Bericht des Kartelldelegierten anschloß. Ferner gelangte zur Aussprache, daß das 10jährige Bestehen unserer Mitgliedschaft mit dem Verband deutscher Buchdrucker gemeinsam gefeiert wird. Nach einer energischen Ermahnung des Vorsitzenden, für die Zukunft ebenso fest zusammenzusehen wie in den letzten Jahren, wurde die Versammlung geschlossen.

## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.  
Redigiert von Fr. Schuetter, Hannover.

## Der Lithographenmeister.

II.

Die Kleingewerbetreibenden suchen ihre selbständige Existenz als unmittelbare Produzenten dadurch zu sichern, indem sie für das Kleingewerbe oder Handwerk ähnliche Einrichtungen erstreben, wie solche bei den alten Zünften bestanden haben; sie meinen, zünftlerische Vorkehrungen böten ihnen einen hinreichenden Schutz vor der Enteignung durch das Großkapital.

Ein Ergebnis dieses Strebens der Kleingewerbetreibenden sind die Gesetzesentwürfe für die Bildung von Innungen und die Errichtung von Handwerkskammern. Hierzu kommt nun als jüngster Erfolg das Gesetz über den kleinen Befähigungsnachweis vom 30. Mai 1908, das am 1. Oktober 1908 in Kraft getreten ist.

Durch den kleinen Befähigungsnachweis, der sich mit dem Recht der Lehrlingsausbildung befaßt, soll dem Handwerk ein Zuwachs von tüchtigen Arbeitskräften gesichert werden. Die Urheber dieses Gesetzes glauben, das Handwerk bleibe konkurrenzfähig gegenüber der Großindustrie, wenn ihm nur immer die nötigen geeigneten Arbeitskräfte zur Verfügung stünden. Damit diese Voraussetzung erfüllt werde, sollen in Zukunft im Handwerk — der Fabrikbetrieb scheidet hier vollständig aus — nur solche Leute das Recht zur Anleitung von Lehrlingen haben, die gewisse erzieherische Eigenschaften nachweisen.

Auch für unsern Lithographen-Beruf, soweit er unter den Begriff Handwerk fällt, hat das Gesetz über den kleinen Befähigungsnachweis Gültigkeit. Es ist darum ganz angebracht, wenn wir auf diese neueste Schöpfung auf dem Gebiete der Handwerksretterei etwas näher eingehen. Vielleicht bietet sich doch ein Anhalt, dieses Gesetz, und mag es noch so rückständigen Bestrebungen dienen, für unsre Ziele nutzbar zu machen.

Der neue § 129 der Gewerbeordnung besagt: „In Handwerksbetrieben steht die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, welche das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet und eine Meisterprüfung bestanden haben.“ Das Bestehen einer Meisterprüfung (der sogenannte kleine Befähigungsnachweis) ist eine neue Forderung. Nach dem bisher geltenden Recht genügte die Ablegung einer Gesellenprüfung für das betreffende Handwerk nach Zurücklegung der Lehrzeit oder statt dessen eine fünfjährige persönliche Tätigkeit in dem Handwerk, sei es in dessen selbständiger Ausübung, sei es als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung.

Doch fordert das neue Gesetz nicht, daß die Meisterprüfung für das Gewerbe oder den Zweig des Gewerbes bestanden sein muß, in dem die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll. Der Meistertitel kann auch in einem andern Gewerbe erworben sein. In diesem Falle müssen nur die zur Ausübung der Anleitung nötigen fachlichen Kenntnisse nachgewiesen werden. Dieser Nachweis wird schon erfüllt, wenn der Handwerksmeister in dem Gewerbe oder Gewerbebranche, in dem er Lehrlinge anleiten will, entweder die Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden hat, oder fünf Jahre hindurch persönlich das betreffende Handwerk selbstständig ausgeübt hat oder während einer gleich

langen Zeit als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen ist.

Für die Erhöhung der Anforderungen an die Lehrbefähigung war nämlich nach den Motiven der Gesetzesmacher nicht sowohl die Sorge für die Fachausbildung, als die Rücksicht auf die Erziehung der Lehrlinge im Handwerke ausschlaggebend. Es wird von den Handwerkern, die Lehrlinge ausbilden wollen, als Regel verlangt, daß sie selbst den üblichen Erziehungsgang des ordentlichen Handwerkers von Anfang bis zu Ende, d. h. vom Eintritt in die Lehrzeit bis zur Ablegung der Meisterprüfung durchgemacht haben. Die neue Vorschrift geht daher von der Auffassung aus, daß jede Meisterprüfung genüge, um den Besitz der Anleitungsfähigkeit nach der erzieherischen Seite hin für das Handwerk allgemein darzutun.

Die Hauptsache ist also nach Meinung der Handwerksretter die erzieherische Seite in der Lehrlingsanleitung, nicht das Belbringen von fachlichen Fertigkeiten. In welchem Sinne diese Erziehung von den Handwerksmeistern ausgeübt werden soll, kann man sich lebhaft vorstellen. Unselbständige, unterwürfige Existenzen, die sich dem Handwerker zu jedem Schuldlohn zur Verfügung stellen, sollen herangebildet werden. Man geht offenbar von der Annahme aus, daß durch willige und billige Arbeitskräfte das Handwerk befähigt werden könnte, im Konkurrenzkampf mit der Großindustrie standzuhalten. Allerdings, wenn in der Hauptsache diese Grundsätze bei der Ausbildung von Lehrlingen in Handwerksbetrieben ausschlaggebend sein sollen, dann ist der Befähigungsnachweis dazu schon voll- erbracht, wenn jemand für das Gewerbe, in dem er Lehrlinge anleiten will, eine mindestens fünfjährige Tätigkeit als Aufpasser oder Antreiber nachweist. In dem betreffenden Gewerbe selbst braucht er nichts zu können, es genügt, wenn er sich neben dieser fünfjährigen Aufpassertätigkeit in irgend einem andern Gewerbe die Qualifikation als Meister erworben hat.

Um nun auch gewissen Lehrlingszüchtern und -ausbeutern im Handwerk, die von den Bestimmungen getroffen würden, weil sie selbst diesen geringen Anforderungen für diese Funktion nicht genügen können, in Zukunft nicht allzu wehe zu tun, hat das Gesetz weitere Einschränkungen zugelassen. Es heißt: »Die höhere Verwaltungsbehörde kann Personen, welche diesen Anforderungen nicht entsprechen, die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen widerrufen. Vor der Entscheidung über die Erteilung der Befugnis oder den Widerruf ist die Handwerkskammer und, wenn die Person einer Innung angehört oder an ihrem Wohnorte für ihren Erwerbszweig eine Innung besteht, außerdem die Innung zu hören.«

Die Forderung des Bestehens einer Meisterprüfung zur Erwerbung der Befugnis, Lehrlinge anzuleiten, findet zudem nur auf die Handwerker Anwendung, die sich nach Inkrafttreten des Gesetzes etablieren. Uebergangsbestimmungen gestatten es den Personen, die beim Inkrafttreten des Gesetzes nach den bis dahin geltenden Bestimmungen zur Anleitung von Lehrlingen im Handwerke befugt sind, die zu diesem Zeitpunkt bereits in das Lehrverhältnis eingetretenen Lehrlinge auszulernen. Die weitere Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen ist ihnen auf ihren Antrag von der unteren Verwaltungsbehörde zu verleihen, wenn sie beim Inkrafttreten dieses Gesetzes mindestens fünf Jahre hindurch mit der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in ihrem Gewerbe tätig gewesen sind. Im andern Falle kann sie ihnen von der unteren Verwaltungsbehörde verlihen werden.

Weitere Bestimmungen sprechen sich über die Befugnis zum Halten (im Gegensatz zur Anleitung) von Lehrlingen aus.

### Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

### Die Bewegung der Berliner Chemigraphen.

Für unsere Bewegung zur Einführung des Tarifs in den nichttariftreuen Firmen kamen folgende Anstalten in Frage: E. Gaillard, Mittelbach (Globus), Patent-Klischee-Fabrik und Deutscher Verlag. Die letztgenannte Firma hat gleich bei Beginn der Bewegung ihren Beitritt zum Bunde und damit zur Tarifgemeinschaft zugesagt.

Bei Gaillard hatten wir mit der Zeit einige Kollegen organisiert, so daß wir dieser Firma wieder einmal zeigen konnten, daß es keine Ruhe gibt, solange sie nicht tariftreu ist. Zwei organisierte Kollegen wurden vorstellig mit dem Ergebnis, daß

versprochen wurde, alles, was noch anders ist als in tariftreuen Betrieben (z. B. Arbeitszeit usw.), sofort umändern zu wollen. Nur die Preiskonvention wollte die Firma nicht anerkennen. Die Ortsverwaltung versuchte nun persönlich einzugreifen, leider aber ebenfalls erfolglos. Nur ein Herumreden der Firma um den Kern der Sache, keine positiven Zusagen! Daher reichten die organisierten und 4 unorganisierte Kollegen die Kündigung ein. Durch die Sperrebrecher wurde es der Firma leider möglich gemacht, auf ihrem Starrsinn zu beharren. Sie ließ lieber ihre Arbeiter gehen, als den Herrenstandpunkt aufzugeben. — Der Aetzer Höber hatte sich zwar durch Handschlag verpflichtet, der Bewegung beizutreten, blieb aber im entscheidenden Moment stehen. Wir gönnten ihm das »schöne Leben«. Mag er mit den alten Herren und der Lehrlingschule von 15 Mann seinesgleichen gefunden haben. Die Firma fand den notwendigen Ersatz von Leuten durch große Versprechungen und Kontrakte.

Bei Mittelbach (Globus), Zweiggeschäft der Firma in Kötzschenbroda, fungiert ein Sohn des Inhabers als technischer Leiter und Vertreter seines Vaters. Hier suchte zunächst das Tarifamt die Tarifanerkennung herbeizuführen. Der Kreisvertreter des Bundes lud Herrn Mittelbach jun. zu einer Aussprache ein, die aber ergebnislos blieb, weil eben der junge Mann nichts zu sagen hat. Denn hier entscheidet das Hauptgeschäft, d. h. der Vater, der aber keine Organisation ersehen, geschweige denn mit ihr ein Tarifverhältnis eingehen kann. Zwar spielte sich der junge Mann den Kollegen gegenüber durch sein burschikoses Auftreten als Chefsohn auf, indem er alle mit »dem dort« oder »der« bezeichnete und indem er sie am letzten Tage behandelte, als habe er es mit lauter Spitzbuben zu tun. Aber gerade dadurch wurden den Kollegen die Augen geöffnet und sie gingen Mann für Mann aus dem Geschäft. Die Firma holte sich Ersatz aus Kötzschenbroda. Die Herren Werner und Westphal mußten hier zeigen, wer sie sind und was sie alles können. Lehrlinge wurden auch noch gesucht und eingestellt. Auch gesellte sich der Lithograph Mühlmeister zu ihnen und die Anstalt konnte unter der techni. Leitung des Chefsohnes, der nun als Photograph arbeitet, ihre Dienste wieder der allgemeinen Menschheit widmen durch Klischees für die »Zeit im Bild« und den »Weltenbummler«, Verlag P. Ostergard.

In der Patent-Klischee-Fabrik, Inhaber Friedrichsen und Zihan, reicht die Bewegung schon etwas weiter zurück. Die Firma wäre wohl für den Tarif zu haben, wenn nicht Herr Zihan denselben Einfluß hätte wie in der Pleite gegangenen Firma Rapid, die in der Patent-Klischee-Fabrik wieder auferstanden ist. Den Arbeitswilligen von »Rapid«, die uns schon vor fast einem Jahre um Verzeihung gebeten hatten, wurde die Wiederaufnahme zugesagt, wenn sie mit uns gemeinsam für die Anerkennung des Tarifs eintraten würden. Das versprochen sie, aber am Tage der Entscheidung kippten sie wieder um und blieben stehen. Dieses Verhalten ermöglichte es Herrn Zihan, in seiner Tarifgegnerschaft zu verharren. Die Firma mußte ziemlich tief in die Taschen greifen, um diesen Erfolg zu haben. Zweijährige Kontrakte, Ferien und Weihnachtgratifikationen waren die Lockmittel. Ferner soll im Falle der Auflösung des Geschäfts ein Vierteljahr hindurch, oder wenigstens bis zum Antritt einer neuen Stellung, der Lohn weiterbezahlt werden. Die Mitglieder Trennert (Aetzer) Meyer und Breit-schneider, die sich durch die Unorganisierten zum Stehenbleiben veranlassen ließen, wurden in der Versammlung vom 4. März durch einstimmigen Beschluß ausgeschlossen.

Dieselbe Versammlung hat den vom Vorsitzenden erstatteten Bericht über die Bewegung entgegen-genommen und das Vorgehen gutgeheißen. Wenn auch kein positiver Erfolg erzielt wurde, so wurde doch gezeigt, daß die Berliner Kollegen solche Firmen, die den Tarif nicht anerkennen wollen, nicht aus dem Auge lassen. Bei passender Gelegen- heit wird von neuem mahnd an diese Firmen herangetreten werden. Als Organisation haben wir zwar 3 wankelmütige Kollegen verloren, aber dafür 4 neue Mitkämpfer gewonnen. Sie werden durch ihre Organisationszugehörigkeit feste, soldatisch denkende Kollegen werden. Wir haben alles getan, was zur Erfüllung unserer Pflicht möglich war. Jetzt wird es Sache des anderen Tarifkontrahenten, des Bundes chemigraphischer Anstalten, sein, in irgend einer Weise seinen Einfluß geltend zu machen. Jedenfalls haben die Firmen solange keine Ruhe, wie nicht von ihnen der Tarif anerkannt worden ist. I. A.: Gg. Baumann.

### Aus den Sektionen.

Berlin (Chemigr.). In der Mitgliederversammlung vom 4. März hielt Genosse Wuschik einen interessanten Vortrag über »Kapitalkonzentration und Arbeiterbewegung«. Er hob besonders hervor, daß sich an der Zusammenziehung aller Kräfte im Lager der Unternehmer die Arbeiterschaft ein Bei- spiel nehmen könne. Durch Aufklärung der In- differenten und rege Werberbeit müsse die Ar- beiterchaft zu einer einigen, festgeschlossenen Phalanx zusammenschlossen werden, die dem koalitierten Unternehmertum gegenüber die Interessen der Arbeiterklasse nachdrücklich wahrzunehmen ver-

mag. — Hierauf gab Kollege Baumann einen aus- führlichen Bericht über die Tarifbewegung, der in dieser Nummer als besonderer Artikel veröffentlicht ist. Eine eingehende Aussprache über die Unter- stützung der für den Tarif eingetretenen Kollegen schloß sich an. Ein Teil Kollegen stellte den An- trag auf Maßregelungsunterstützung, dem die Ver- waltung nach dem Statut nicht stattgeben konnte, trotzdem er damit begründet worden war, daß in früheren ähnlichen Fällen, besonders beim Eintreten für die Preiskonvention, Maßregelungsunterstützung gewährt worden sei. In der Versammlung wurde durch einige Mitglieder gegen den Antrag geltend gemacht, daß der Tarif durch seine Annahme genau so Gesetz für die Chemigraphen geworden ist, wie irgend ein anderer gewerkschaftlicher Beschluß für die Gesamtheit der Mitglieder des Verbandes. Wer für die Durchführung der Verbandsgrundsätze streikt, bekommt Streikunterstützung. Wenn die Chemi- graphen Maßregelungsunterstützung erhalten würden, hätten alle anderen Mitglieder beim Eintreten für Verbandsbeschlüsse ebenfalls Anspruch darauf; denn in unserer Gemeinschaft gilt gleiches Recht für alle! Wenn im früheren Hauptvorstand eine Mehr- heit für die Gewährung von Maßregelungsunter- stützung gewesen sein sollte, so brauche der gegen- wärtige noch lange nicht denselben Fehler machen. Auch die vom Bunde angebotene Beihilfe zur Streik- unterstützung sei entschieden abzulehnen, da sie nur geeignet sein würde, uns in der Freiheit unserer Entschlüsse zu behindern. Wenn die Unter- nehmer für die Streikenden wirken wollen, dann mögen sie sie zu ihrem bisherigen Lohn sobald als möglich anderweitig unterbringen. Das wäre die beste Regelung der Unterstützungsfrage. In der weiteren Diskussion wurde betont, daß es doch etwas anderes sei, für bessere Lohn- und Arbeits- verhältnisse einzutreten, als ziemlich gutbezahlte Posten nur wegen der Preiskonvention aufzugeben. Die Erhebung einer Extrasteuer für die Streikenden wurde in Anbetracht der allgemeinen Wirtschafts- lage für ausgeschlossen erachtet. Zum Schluß er- klärten sich die Kollegen mit der einmal gegebenen Sachlage einverstanden. — Sodann wurden noch einige Schreiben erwähnt, aus denen hervorging, daß die Unternehmer eine viel bessere Auskunfts- erteilung über einzustellende Kollegen bewerk- stellen, als wir über Stellung anbietende Firmen.

— In der Mitgliederversammlung vom 4. Febr. wurden die verschiedenen tariflichen Ämter wie folgt besetzt: M. Sahn als Kreisvertreter; B. Schwerdtner als Stellvertreter; Kubig, Geisler, Wendler, Becher und Dieck als Schiedsrichter, Vogel, Wildgrube, Schneiderit und Rambow in die Prüfungskommission.

### Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Lino- leum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seidendrucker. Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20, Badstraße 26.

### Aus den Sektionen.

Borsdorf (Wachsdruck.). In der am 16. März abgehaltenen Monatsversammlung hielt Kollege Köhler-Leipzig einen interessanten Vortrag über »Wirt- schaftskrise und Gewerkschaften«. Er strelte zu- nächst kurz die Krisen im Altertum und Mittelalter, die meistens in Teuerung, Ueberschwemmung und anderen Naturereignissen ihren Ursprung hatten. Die Krisen in neuerer Zeit sind jedoch ausschließlich auf schlechte Kapitalwirtschaft und Ueberproduktion zurückzuführen. Nur den gut ausgebauten Gewerk- schaftskassen ist es zu verdanken, daß Not und Elend, die die gegenwärtige Krise für die arbeitende Klasse gezeitigt hat, nicht noch größeren Umfang angenommen haben. Würde doch allein von den deutschen Gewerkschaften die Summe von 10 Millionen Mark für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung im Jahre 1908 ausgezahlt. Aber der Staat hat in dieser Angelegenheit so gut wie nichts getan. Deshalb müssen Gewerkschaften und Partei dahin arbeiten, um eine Reichs-Arbeitslosenunterstützung durchzu- führen. Auch wendete sich der Redner scharf gegen die neuen Steuervorlagen und indirekten Steuern, welche doch nur auf das arbeitende Volk abge- wälzt werden. Lebhafter Beifall lohnte die vor- trefflichen Ausführungen. Hierauf wurde vom Vorsitzenden ein Zirkular, die Erlernung der Steno- graphie betreffend, verlesen, das ebenfalls Anklang fand.

Crefeld. Zu den Sektionsberichten aus Crefeld in No. 5 der »Graph. Pr.« haben wir zur Steuer der Wahrheit folgende Berichtigung zu machen. Die Vorwürfe, die wir in dem genannten Bericht gegen die Firma Hibinger & Börsch erhoben, stützten sich lediglich auf die Aussagen der bei der Firma beschäftigten Formstecher. Letztere haben in so und so viel Versammlungen und bei jeder passenden Gelegenheit (z. B. wenn Samstags Ver- bandsbeiträge bezahlt werden sollten) über den Arbeitsmangel bei dieser Firma geklagt. Aus diesem Grunde erhielten auch einige der dortigen Stecher Vorschüsse aus Lokalmitteln, weil sie angaben, mit ihrem geringen Verdienste nicht auskommen zu können. Wir hielten es für unsere Pflicht, solche Mißstände der Öffentlichkeit zu übergeben. Auf Veranlassung der obigen Firma hatten wir zwei

Besprechungen, in denen sich nun zu unserem größten Erstaunen herausstellte, daß die Angaben der dortigen Stecher der Wahrheit nicht entsprachen. Die in dem Bericht angegebenen ausgesetzten 1173 Stunden entfallen auf 5 Stecher, mithin hat durchschnittlich jeder 234 Stunden im Jahre 1907 ausgesetzt. Daher fällt auch der Vorwurf weg, daß dort die meisten Stecher wegen Arbeitsmangel gekündigt haben oder gekündigt worden sind. Daß auf der Werkstätte Heimarbeit gemacht worden ist, wird von der Firma zugegeben. Diese Berichtigung halten wir zur Steuer der Wahrheit für notwendig. Die dortigen Formstecher sind jetzt aus dem Verband ausgeschlossen. Wir bedauern, ein Opfer der Flunkerlei dieser Auchkollegen zu sein.

**Dessau (Formstecher).** Am 14. März fand eine Spezialversammlung für unsere Branche statt, in der Kollege Riedel über „Stile und Silarten in der Wandbekleidung“ sprach. Seine gutdurchdachten, interessanten Ausführungen wurzeln in folgenden Sätzen: Einen ausgeprägten und einheitlichen Charakter trägt die Gegenwartskunst nicht. Daher offenbart sich auch in den Mustern unserer Decken, Teppiche und Tapeten eine Mannigfaltigkeit des Stils, die schon nahe an Stillosigkeit grenzt. In früheren Epochen war das nicht so. Jede große Zeit entwirft auch ihren eigenen, charakteristischen Stil in Kunst und Kunstgewerbe. Der Künstler konnte mit Ruhe und Muße seinen Ideen leben und damit ohne Hast Gutes und Großes schaffen. Heute ist auch die Kunst eingespannt in das kapitalistische Joch. Sie ist gezwungen, nach Brot zu gehen, im Dienste des Kapitals billig und schnell zu produzieren. Die Folge muß sein, daß das Geschaffene nicht auf der Höhe steht, daß es einen Vergleich mit den Werken früherer Epochen nicht aushält. Was von der Kunst im allgemeinen gilt, trifft im besonderen und in erhöhtem Maße für das Kunstgewerbe zu. Wenn sich der Kunstgewerber wieder Zeit und Ruhe für sein künstlerisches Schaffen erzwingen würde, würde das Kunstgewerbe in ausgedehntem Maße an künstlerischem Gehalt gewinnen. Am schwersten lastet das kapitalistische System auf den Reproduzenten der Muster des kunstgewerblichen Zeichners, also in unserer Branche auf dem Formstecher. Daraus erklärt es sich auch, daß die Reproduktion meist noch beträchtlich unter dem Entwurf eines Musters steht, daß zwei Drittel aller Muster dem Original nicht ähnlich sehen. Das liegt eben daran, daß in unserem Fach die Kunst tatsächlich beim Schuster liegt, dem es nur auf die Schnelligkeit, nicht aber auf die Qualität ankommt. Nur durch die Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des Kapitalismus, an der jeder in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation mitarbeiten muß, kann es anders werden, kann das Kunstgewerbe und die Kunst überhaupt wieder auf eine Höhe steigen, die jeden Vergleich mit vergangenern Epochen auszuhalten vermag.

**Osnabrück.** In der am 13. März stattgefundenen Mitglieder-Versammlung hielt Kollege P. Scheeb, einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das „Krankenversicherungsgesetz“. Er erläuterte die einzelnen Paragraphen und zeigte unter anderem, wie sehr sich die Arbeiter gegen ihre eigenen Interessen verständigen, wenn sie nicht geeignete Vertreter zu den Generalversammlungen wählen. Denn die von den letzteren vorgenommenen Vorstandswahlen seien entscheidend für die weiteren Wahlen zu den gesamten Institutionen der Arbeiterversicherung. Am Schlusse seines Referats forderte er die Kollegen auf, falls die Regierung ein Attentat auf das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Ortskrankenkassen beabsichtige — und das sei allem Anschein nach außer Zweifel — hiergegen energisch zu protestieren. Nach einem kurzen Bericht von der letzten Kartellversammlung fand eine kurze Aussprache über einige Bestimmungen des Statuts statt. In den nächsten Versammlungen soll das Statut abschnittsweise besprochen werden, um etwaige Meinungsverschiedenheiten über seinen Inhalt zu klären.

## Feuilleton.

### Die Entwicklung des Weltalls.

(IV. Schluß.)

#### Die Entstehung der Sternsysteme.

Zu den interessantesten dieser Sterne gehört ein kleiner Stern im Sternbild der Leier, der mit dem griechischen Buchstaben „Beta“ bezeichnet wird. Schon mehr als ein Jahrhundert kennt man seine seltsamen Lichtschwankungen, ohne sie sich recht erklären zu können. Jedesmal nach dreizehn Tagen wird sein Licht sehr klein, in gut drei Tagen steigt es wieder zur größten Helligkeit, sinkt dann in gut drei Tagen, doch nur halb so viel wie sechs Tage früher, erreicht darauf in wieder drei Tagen seine größte Helligkeit und sinkt in drei Tagen zur größten Schwäche herab. Danach fängt dasselbe Spiel von neuem an. Mit gutem Grunde darf man hier ein System vermuten, das im Werden begriffen ist und vielleicht noch die Birnngestalt hat. Wenn man annimmt, daß der kleinere, sich eben

abtrennende Körper in der nach außen gekehrten Seite kühler und dunkler ist als der andere, so erklärt sich der Lichtwechsel sehr leicht aus der Achsendrehung. Jedesmal nach einer halben Umdrehung kehrt er uns die Breitseite zu; dem entspricht die größte Helligkeit. Dazwischen tritt einmal der kleine Körper vor den großen und einmal der große vor den kleinen; im ersten Falle sehen wir durch die dunkle Oberfläche weniger Licht als im zweiten Falle; so erklärt sich die Ungleichheit der beiden Lichtschwankungen.

Uebrigens zeigt der Stern noch sehr viele verwickelte Erscheinungen, die diese Erklärung zum Teil im ganzen und großen bestätigen, aber in allen ihren Rätseln noch nicht gelöst sind. Die Frage, ob die beiden Körper bereits völlig getrennt sind oder noch nicht, kann schon deshalb nicht genau beantwortet werden, weil beides zugleich stattfindet. Ein Sternkörper ist keine scharf abgegrenzte Flüssigkeitsmasse, sondern eine Gasmasse, die im Inneren am dichtesten ist und nach außen immer dünner wird; wo der Körper aufhört und seine sich weit ausdehnende Atmosphäre beginnt, ist nicht zu entscheiden. So wird bei diesem Sterne die Trennung in den verschiedenen Schichten verschieden weit vorgeschritten sein; während die dichtesten Kerne schon zwei völlig getrennte Körper bilden, hängen die dünneren Schichten noch als Birnenform zusammen; das Ganze wird wohl noch durch eine gemeinsame Atmosphäre umgeben sein. Daß sich die beiden Körper im Prozeß des Trennens befinden, bei dem, wie nachher ausführlicher dargestellt werden soll, durch die wachsende Entfernung die Umdrehungsgeschwindigkeit abnehmen wird, zeigt auch die Tatsache, daß die Periode des Lichtwechsels, also die Umdrehungszeit, in den letzten hundert Jahren allmählich eine halbe Stunde größer geworden sei.

Zeigt sich dieser Doppelstern im Prozeß des Werdens, so zeigt uns die große Zahl der spektroskopischen und dann der anderen Doppelsterne die verschiedensten Stadien einer Entwicklung, deren treibende Kraft wir noch kennen lernen werden. Nun aber erhebt sich die Frage: Wie viele unter den Sternen sind Doppelsterne? Nach der Anzahl der Doppelsterne, die sich unter den am besten zu unterscheidenden hellen Sternen befinden, hat man ihre Gesamtzahl auf ein Viertel aller Sterne geschätzt. Dieser Prozentsatz ist aber nur eine untere Grenze; es wird noch viele Doppelsterne geben, die sich bei längerer Beobachtung und mit verfeinerten Hilfsmitteln als solche erkennen lassen werden. Wahrscheinlich ist die Zahl der Doppelsterne auf ein Drittel aller Sterne zu beziffern, vielleicht noch höher.

Wenn nun aber bloß einem Drittel aller Weltkörper dies Schicksal begegnete, steht das nicht im Widerspruch zu der Theorie, die die Verdoppelung als normales Schicksal aller Weltkörper hinstellt? Keineswegs. Denn die Theorie kündigt die Zweiteilung nur für den Fall an, daß die Quantität der Drehung für eine einzige Masse zu groß wird. Wenn zu Anfang der Urnebel äußerst langsam drehte, so ist die Drehungsquantität sehr klein, und dann wird bei dem Zusammenziehen die Drehung nie so rasch werden, daß eine einfache abgeplattete Kugelgestalt nicht mehr bestehen kann. Während seiner ganzen Entwicklung als Stern bis zu seiner Abkühlung bleibt der Körper einfach, und seine relativ langsame Achsendrehung veranlaßt keine Spaltung. Die Sache liegt also so, daß die Weltmassen ursprünglich ganz verschiedene Drehungsgeschwindigkeiten hatten; alle sind während der Zusammenschumpfung immer rascher geworden, aber sie blieben sehr verschieden; die langsamere drehenden blieben bis zu dem Ende dieser Entwicklung eins und ungeteilt, während bei den rascher drehenden eine ungeteilte Form nicht möglich blieb und deshalb eine Spaltung in einen Doppelstern stattfand. Bei diesen ist der größte Teil der Drehungsquantität, die für eine einfache Gestalt zu groß war, in die Drehung der Körper ineinander übergegangen, so daß nur ein relativ kleiner Teil für die Achsendrehung der beiden Körper übrig geblieben ist.

Zu den langsam drehenden Weltkörpern gehört die Sonne. Die ganze Drehungsquantität des Sonnensystems, die jetzt in den um die Sonne kreisenden Planeten und dem langsam um seine Achse drehenden Körper steckt, ist noch so gering, daß der Weltkörper, der sie ganz in seiner Achsendrehung enthielt, nie der Grenze nahekommen konnte, wo eine Trennung in zwei Körper unvermeidlich war, und bei der geringen Drehungsquantität, die jetzt im Sonnenkörper allein steckt, ist für die Zukunft eine Zweiteilung ausgeschlossen. Die Sonne bleibt eins und ungeteilt. Die Bildung der Planeten wird also nicht durch die Theorie erklärt, die wir eben entwickelt haben. Sogar die Abspaltung des größten

unter ihnen, des Jupiter, ist nicht als ein Fall der von der Theorie ermittelten Spaltung einer Weltmasse in einen größeren oder kleineren Weltkörper zu betrachten. Denn einerseits lag damals für den Sonnennebel durch seine langsame Drehung keine Notwendigkeit zu einer Spaltung vor, und andererseits ist der Jupiter nur ein ganz winziges Ding, verglichen mit der Sonne. Die Abtrennung dieser kleinen Masse — und in höherem Maße gilt dies für die anderen noch kleineren Planeten — ist also kein Ergebnis regelmäßiger Entwicklung, sondern als eine Abweichung von dieser Entwicklung, als eine Folge von Unregelmäßigkeiten aufzufassen, die sich vorerst noch der genauen mathematischen Behandlung entziehen.

Kinder des Zufalls könnte man die Planeten nennen; im Verhältnis zur großen Sonnenmasse sind sie so winzig, daß es für die Geschichte des Ganzen fast völlig belanglos erscheint, ob dann und wann so ein Splitterchen durch irgend eine örtliche oder vorübergehende Störung der Regelmäßigkeit abgeworfen wurde. Zwar hat auch aller angebliche Zufall seine Gesetze, aber eine genaue Einsicht in die Frage, weshalb und wie zu bestimmten Zeiten gerade diese Planeten entstehen mußten, haben wir zurzeit noch nicht. *Anton Pannekoek.*

### Die Entstehung der Steinkohle.

Von M. H. Bage.

Nachdruck verboten.

Verschieden sind die Energiequellen, die sich dem Menschen bieten. Wir benutzen die Kraft des Windes zum Bewegen unserer Segelschiffe und auch für kleine Maschinen, in den Wassermühlen verwenden wir die Kraft des fließenden Wassers, also die Energie der Lage, die es beim Verändern seines Ortes abgibt. Wohl den mächtigsten Energievorrat besitzen wir in den Steinkohlen, einen Vorrat, der besonders wertvoll ist, weil wir ihn nicht, wie beim Wind und beim Wasser, zu bestimmter Zeit und am bestimmten Ort ausnützen müssen, den wir vielmehr überall hinführen, den wir überall und jederzeit verwenden können.

Jedermann weiß, welche Bedeutung die Steinkohle für unser ganzes Leben gewonnen hat, daß unser ganzes industrielles Leben, unsere ganzen Verkehrsverhältnisse größtenteils auf der Steinkohle aufgebaut sind. Sie ist es, die unsere Maschinen treibt, sie ist es auch, die uns das Rohmaterial aus weiter Ferne herbeischafft und die fertigestellten Waren wieder aus unseren Werkstätten in die Welt hinausträgt. Wo kommen nun diese Steinkohlen her?

Jedem ist wohl so viel bekannt, daß sie nicht überall vorkommen, sondern nur in gewissen Gegenden, und daß sie dort aus dem Innern der Erde hervorgeholt werden. Dort finden sie sich überdeckt von anderem Gestein in mehr oder weniger dicken Schichten, den sogenannten Steinkohlenflözen. Gewöhnlich liegen mehrere oft zahlreiche Flöze übereinander, die dann durch verschiedene dicke Lagen von anderem Gestein, häufig von Sandstein oder Tongestein, untereinander getrennt sind. Der Abbau eines solchen Steinkohlenlagers geschieht dann so, daß senkrecht ein Schacht in die Erde getrieben wird, und da, wo der Schacht die Flöze durchschneidet, geht man denselben folgend zur Seite und baut Gänge, auf denen man die Steinkohlen bricht und heraus schafft.

Wie ist nun die Steinkohle unter die Erdoberfläche gekommen, woraus und wie ist sie entstanden? Die Antwort auf diese Frage gibt uns die Geologie, die Wissenschaft von der Bildung und Veränderung unserer Erdkruste. Sie lehrt uns, was wir ja alle aus eigener Erfahrung wissen, daß die Oberfläche der Erde sich dauernd verändert. Man muß natürlich absehen von der Veränderung, die Menschenhand hervorbringt. Die größte Veränderung bringt die Kraft des Wassers hervor. Das Wasser unseres Erdballs ist ja in steter Bewegung. Auf seinem Wege ist es aber nie müßig. Jedermann weiß ja, welche Schrecknisse die Gewalt des Wassers über weite Landstrecken bringen kann. Aber nicht nur solch große, plötzlich rasch angeschwollene Wassermassen zerstören und verändern den Bau der Erde. Es ist da nur besonders auffällig. Jeder Regentropfen fast bewirkt dasselbe. Auch er hat einen, wenn auch kurzer Weg von der Stelle, wo er zuerst auffällt bis zur tiefer gelegenen. Und etwas nimmt er auf seinem Wege von der Erdkruste mit, sei es auch noch so wenig. Deutlich haben wir das alles schon beachtet bei starkem Regen, wir wissen, wie er die Straßen spült, und welche trüben Fluten sich dann in die Abflüsse ergießen. Und nicht nur weiches Material, wie den Staub und den sonstigen Straßenschmutz führt er weg, auch die härtesten Steine frißt das Wasser langsam aber sicher an. Das können wir an unseren Fußsteinen beobachten, die mit hartem Gestein belegt sind. Wir sehen dort deutlich, wie das Wasser auf dieses selbst lösend und wegführend wirkt, an den Rinnen und Löchern, die sich unter den Dachtraufen und ähnlichen dem Wasser ausgesetzten Stellen finden. So verändert das Wasser fortwährend unsere Erdoberfläche, schafft die Erdkruste fort von den höher gelegenen

Stellen und setzt sie an tieferen wieder ab. So muß der Meeresboden stets höher und höher werden, und in dem stetig neu sich bildenden Boden wird begraben, was sonst im Meere in die Tiefe sinkt. Aber noch andere Kräfte gestalten das Antlitz der Erde. Während manche Teile der Erde durch unterirdische Kräfte getrieben mehr und mehr dem Meere entsteigen, versinken andere. Dies ist ein langsamer Vorgang zumeist, aber selbst für uns zu bemerken an den Marken, die das Meer in das Gestein seines Ufers wühlt, und die sich mehr und mehr aus dem Meere heben, so z. B. an der Küste von Norwegen.

Daß dieser Vorgang sich auch in früheren Zeiten abgespielt hat, das müssen wir schließen aus den vielen Resten von Meeresbewohnern in dem Gestein von heute trocken liegenden Stellen. Fisch- und Muschelreste finden wir in weitläufigen Flächen unserer Gebirgsgegenden, und mancher Teil der Gebirge besteht in der Hauptsache aus Korallenresten, die nur in bestimmten Meerestiefen von den Korallentieren gebildet sein können. Wir müssen also mit ausgedehnten Hebungen und Senkungen einzelner Teile unserer Erdoberfläche rechnen und sie sind es, die mitgewirkt haben bei der Bildung der Steinkohle. Wir müssen annehmen, daß das, was heute Steinkohle ist, sich abgelagert hat in trockenen Zeiten und dann später vom Meere bedeckt wurde. Eine Ton- oder Sandschicht legte sich darüber, neue Hebung folgte, wieder lagerte sich das ab, was heute Steinkohle ist, und so wiederholte sich dieser Wechsel, zuweilen noch viele Male. Verständlich werden so die Lagerungsverhältnisse der Steinkohlen in Flötzen zwischen Schichten anderen Gesteins.

Aber nun zum Hauptpunkt: woraus entstand die Steinkohle? Es hat auch in früheren Zeiten nicht an Ansichten darüber gefehlt. So glaubten viele und dies bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hinein, es sei die Steinkohle umgewandeltes Erdöl. Und doch war schon im Anfange des 18. Jahrhunderts durch einen Schweizer Naturforscher im wesentlichen die Bildung der Steinkohle auch nach unseren heutigen Anschauungen richtig erkannt worden. Scheuchzer ist wohl der erste gewesen, der im kohleführenden Gebirge Pflanzenreste beobachtete und den pflanzlichen Ursprung der Steinkohlen erkannte. Später (1778) sprach ein deutscher Gelehrter (v. Beroldingen) aus, es sei die Steinkohle aus Braunkohle, diese allmählich aus Torf, dieser aber aus Pflanzenresten entstanden. Heute wissen wir, daß die Ansicht in ihren Grundzügen richtig ist. Der Torf besteht tatsächlich aus Pflanzenresten, und wir sehen an manchem Torfvorkommen, wie aus dem Torf allmählich etwas entstanden ist und noch entsteht, was wir ohne weiteres für Braunkohle erklären würden, wenn es ohne Zusammenhang mit dem Torf gefunden würde. Wir kennen auch Kohlen, bei denen sich die Unterscheidungsmerkmale, wie wir sie für Steinkohlen und Braunkohlen aufstellen, miteinander verwischen, so daß wir nicht sagen können, ob Steinkohle oder Braunkohle vorliegt.

Und endlich kann die Chemie an den Kohlen feststellen, wie sie langsam eine Umänderung erleiden, wie sie allmählich immer kohlenstoffhaltiger werden und neben viel Wasserstoff und neben Sauerstoff verhältnismäßig wenig Kohlenstoff in Form von Wasser und verschiedenen Gasen abgeben. Pflanzen sind es also, was jetzt als Torf oder Kohle erscheint, freilich Pflanzen verschiedenster Art. Unsere heutigen Torfmoore bilden sich in der Hauptsache aus verschiedenen Moosen, und so ist jedenfalls auch ein großer Teil der Braunkohlen entstanden. Einem Teile dieser Kohlen muß man aber auch andere Entstehung zuschreiben, nämlich

aus Holzgewächsen. Man kennt bekanntlich manche Lager, in denen sich Braunkohle findet, die noch ganz das Aussehen von Holz hat, und in der man deutlich die Form der Äeste und Stämme wiederfindet. Man nimmt an, daß viele solche Stämme in irgend einem Meereswinkel zusammengeschwemmt und dort langsam verkohlt sind, vielleicht sind derartige Funde aber auch die Reste von Wäldern, die durch plötzlich auf sie eindringende Eismassen vernichtet sind.

Auch in den Steinkohlen finden sich Reste von Pflanzen verschiedenster Art, zum Teil Formen, die man heute nicht mehr kennt. Man hat versucht, aus den gefundenen Resten — auch in den Steinkohlen findet man manchmal Baumstämme — sich ein Bild der damaligen Pflanzenwelt zu schaffen.

Welche Kräfte nun mitgewirkt haben, um diese Pflanzenreste zu verkohlen, wissen wir nicht sicher. Wahrscheinlich hat ein langsames Vermoeren in seichtem Wasser stattgefunden, keinesfalls aber ein Verkohlen durch starke Hitze, so wie wir etwa Holz in Holzkohle verwandeln. Die Spuren solcher Hitze müßten sich an den Kohlen selbst und an dem umgebenden Gestein zeigen.

Aus Pflanzen entstehen also die Kohlen, und damit wissen wir zugleich, woher die Energie stammt, die wir aus den Kohlen gewinnen. Denn die Pflanzen gewinnen den Kohlenstoff aus der Kohlenäure der atmosphärischen Luft und wandeln diese unter der Mitwirkung des Sonnenlichts in Kohlenstoffverbindungen von höherem Energiegehalt um. In der Sonne ist schließlich der Ursprung der Energiequelle zu suchen, die uns in den Steinkohlen fließt. Die Wärme, die wir daraus gewinnen, ist nichts als umgewandeltes Sonnenlicht. Aber noch ein anderer Umstand macht den Energievorrat in den Steinkohlen so groß, die langandauernde Einwirkung der Luft auf die Pflanzenreste, des Druckes auf diese durch die darüber gelagerten Steinschichten und anderes mehr. In den Hunderttausenden von Jahren, während deren die Bildung der Kohlen sich vollzog, ist immer etwas Energie in ihnen gesammelt worden und so jene große Menge entstanden.

drein kommt in noch fetterem Druck: »Da ich nicht mehr Mitglied des Rabattsparevereins bin, bin ich in der Lage, sämtliche Fleisch- und Wurstwaren 10 und 5 Pf. billiger zu verkaufen. Herrn Venohr, Fleischermeister.« — Also 10 und 5 Pf. billiger kann Herr Venohr seine Waren jetzt verkaufen; das müßte eigentlich allen denen, die den Rabattspareverein unterstützen, zur Genüge klarmachen, daß von einem Sparen für die Konsumenten nicht die Rede sein kann.

**Gerechtigkeit.** Was ist das für eine Gerechtigkeit, wenn der Edelmann, der Bankier oder der Wucherer, auch diejenigen, die nichts tun oder doch nichts Nützliches, bei ihrer Untätigkeit oder überflüssigen Tätigkeit herrlich und in Freuden leben, indes die Tagelöhner, Kärner, Schmiede, Zimmerleute und Ackersleute, die härter arbeiten als Lasttiere, und deren Arbeit das Gemeinwesen nicht ein Jahr lang entbehren könnte, ein so erbärmliches Dasein sich erarbeiten und schlechter leben müssen, als Lasttiere? Diese arbeiten nicht so lange, ihre Nahrung ist besser und nicht durch die Sorge für die Zukunft vergällt; der Arbeiter dagegen wird niedergedrückt durch die Trostlosigkeit seiner Arbeit und gemartert durch die Aussicht auf das Bettelende seines Alters. Sein Lohn ist ja so gering, daß er die Bedürfnisse des Tages nicht deckt, und es ist gar nicht daran zu denken, daß der Mann etwas für seine alten Tage zurücklegt. Ist das nicht ein ungerechtes und undankbares Gemeinwesen, das die Edlen, wie sie sich nennen, und die Bankiers und andere verschwenderisch beschenkt, die entweder müßig gehen oder von der Schmeichelei leben, oder der Tätigkeit für eitle Freuden; und das anderseits nicht die geringste Sorge trägt für arme Ackersleute, Kohlengräber, Tagelöhner, Kärner, Schmiede und Zimmerleute, ohne die es nicht bestehen könnte? Nachdem man sie ausgebeutet und ausgepreßt hat in der Kraft ihrer Jugend, überläßt man sie ihrem Schicksal, wenn Alter, Krankheit und Not sie gebrochen haben, und gibt sie als Belohnung für ihre treue Sorge und ihre wichtigsten Dienste dem Hungertode preis.

Thomas Morus, Utopia, 1516.

**Vom Moloch.** Die russische Armee kostet jährlich 1 020 000 000 Fr., die deutsche 950 000 000, die französische 700 000 000, die österreichische 427 000 000, die italienische 286 000 000 Fr. Die aktiven Heere derselben Nationen betragen zurzeit 1 473 000, 600 000, 549 000, 400 000 und 233 000 Mann, die mobilisationsfähigen Streitkräfte beziffern sich auf 10 834 000, 4 800 000, 3 760 000, 6 800 000 und 3 315 000 Mann. Rußland, Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Italien, die Vereinigten Staaten und Japan geben für Heereszwecke per Jahr 5 037 000 000 Fr. aus und wären imstande, 31 700 000 Mann zu mobilisieren!

**Wo Adel und Geistlichkeit herrschen,** kann die Kultur nicht aufkommen. Hierfür bietet Galizien ein treffliches Beispiel. Dieses Land mit seinen nahezu 7 1/2 Millionen Einwohnern hat 1,1 Millionen schulpflichtige Kinder, von welcher Anzahl ein volles Drittel keine Schule besucht. In Galizien kommt auf 1800 Einwohner und auf einen Flächenraum von 20 Quadratkilometern eine Schule. Zirk 4 Millionen der galizischen Bevölkerung können weder lesen noch schreiben. Galizien sollte 9000 Schulklassen besitzen, hat deren aber nur 5000 und von diesen sind 600 ohne Lehrer. 76 Prozent aller Schulen Galiziens sind einklassig. Jeder 14. Lehrer und jede 3. Lehrerin sind in Galizien ohne jedwede Prüfung und 3000 Gemeinden besitzen überhaupt keine Schulen. Dafür besitzt aber Galizien 22 000 Schnapsverkaufsstellen!

**Vermischtes.**

**Der Konsumverein als Preisregulator.** Die Bäckerinnung in Hof gab vor einiger Zeit bekannt, daß sie beim Brotpreis eine Reduktion von 1 Pf. pro Pfund Brot beschlossen habe. Schwer mag ihr das wohl gewesen sein. Aber auch hierzu zwang sie nur die Not, bezw. die große Konkurrenz des Konsumvereins. Denn der Konsumverein war es, der schon am 1. Januar mit seinen Preisen um ca. 5 Pf. pro Laib heruntergegangen war und zurzeit das Pfund um 12 1/2 Pf. verkauft, worauf seine Mitglieder noch 8 Proz. Dividende am Jahresabschluss erhalten. (Das macht nochmals zwei drittel Pfennig pro Pfund.) Es ist also wieder der schlagende Beweis geliefert, daß dem Konsumverein die Rolle des Preisregulators zufällt. Durch die Massenproduktion an Brot, bei Tag- und Nachtbetrieb, kann die Konsumbäckerei bei billigster Preisstellung ein vorzügliches Brot liefern, das zudem noch in reinlichster, appetitlichster Weise infolge praktischer, der Neuzeit entsprechender Einrichtungen, hergestellt wird.

**Die Rabattsparerei:** wird in das rechte Licht gerückt durch folgende zwei Inserate, die am Donnerstag voriger Woche im Wittenberger »Intelligenzblatt« standen, und von denen das erste lautete: »Der Obermeister der hiesigen Schlachterinnung, der Schlachtermeister H. Venohr Chausseestraße 24, ist aus dem Rabattspareverein ausgeschlossen worden. Der Vorstand.« Gleich hinter-

**Stellengesuche**

**Junger, tüchtiger KOPIST** [1,20]  
in Kupfer, Zink, Stein und Photolithographie, auch firm in der Photographie, sucht sofort Stellung. Gef. Offert. an **E. Weber, Chemnitz, Lessingplatz 8, II.**

**Nachschneider** [0,90]  
für Auto u. Strich, auch vollst. vertraut mit der Fräß- u. Vasettiermaschine, sucht Stellung. Offerten erb. **O. Fritzsche, Leipzig-Pl., Zschochersche Str. 41, C, II.**

Durchaus tüchtiger **Strichätzer** [0,75]  
sucht sofort Stellung. Gef. Angebote an **H. Simon, Bielefeld, Rentestr. 33, I.**

**Messingstecher** [0,90]  
per sofort gesucht.  
**H. Heidrich, Leipzig-Kitzsch, Formstecherei.**

**Positiv-Retuscheur**

für amerikanische Maschinen-Retusche sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen an **E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart.**

Wir suchen per sofort noch einige tüchtige **Maschinen-Retuscheure**, [3,—]  
erste Kräfte, in dauernde Stellung. Offerten mit Mustern und Gehaltsansprüchen an **Brendamour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.**

Mehrere **Messingstecher** [1,65]  
fürs In- und Ausland sowie ein **Aufzeichner**,  
welcher auch etwas Holz oder Messing mitmachen, werden gesucht durch den Zentral-Arbeitsnachw. der Formstecher und Drucker. **C. Schubart, Berlin N., Badstraße 26.**

**Retuscheure,**

speziell für amerik. Maschinenretusche sofort gesucht. [2,10]  
**J. G. Schelter & Giesecke, Leipzig, Brüderstr. 26 28** Reprod.-Abteilung.

Einem wirklich tüchtigen **Fertigmacher**  
für Dreifarben- und Vierfarbendruckplatten suchen für sofort **Rönnler & Jonas, Dresden, 3,—** Blasewitzerstr. 27.  
Herren, die sich früher gemeldet haben, wollen sich geil. neu melden.

Gesucht per sofort je ein gewandter **Strich-Aetzer, Farb-Aetzer, Positiv-Retuscheur.**  
**Gustav Dreher, Kunstanstalt, Stuttgart.** [2,70]

**Chiffre-Inserate**  
finden auch unter der Rubrik Stellengesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. **Die Expedition.**

**Verschiedenes**

„Bronsol“.  
Der neue Farbenzusatz zum Bronzedruck gibt feststehende glatte Bronze auch bei schlechten Papieren und ist sehr sparsam im Gebrauch. Kilo Mk. 4,—.

„Matt-Lack“.  
Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart-, und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme.  
**F. Hantke, Maschinenmeister, II. Hamburg 22, Bernhast. r13,**

**Verbandsnachrichten**

Der Steindruckerkönig **August Wolfsberger**,  
Buch-No. 12775, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber der Zahlstelle nachzukommen, eventl. sein Buch anzuhalten und Nachricht über seine Adresse gelangen zu lassen an **Albert Borchardt, Heilbronn, Wilhelmstraße 68, II.** [1,50]